

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

3/2015

Spendenempfehlung: 2,00 €

Ausgabe Mai-Juni 2015

Redaktionsnotiz.....	3
70. Jahrestag der Befreiung - und heute?.....	4
<i>Irene Eckert: Gedenkt der 'Internationalen', denn der Weg zur Befreiung heißt Erinnerung.....</i>	4
Probleme der Friedensbewegung.....	10
<i>Jakop Heinn: Mahnwachen machen Wahn oder Breit sein ist alles.....</i>	10

<i>Helmut Loeven: Ostermarsch auf Abwegen?</i>	14
<i>Irene Eckert: Wider Frau Barbara Lochbihlers kriegerischen Menschenrechtsfeldzug</i>	18
Venezuela.....	22
<i>Cihad Rehbehn: Verteidigen wir Venezuela!</i>	22
Beiträge zur Geschichte des Sozialismus.....	26
<i>Gerhard Feldbauer: Ho Chi Minh zum 125. Geburtstag</i>	26
<i>Gerhard Schiller: Das Ende der DDR, Wiedervereinigung oder Konterrevolution?</i>	33
<i>Dieter Popp: 20 Jahre Initiativgruppe „Kundschafter des Friedens fordern Recht“</i>	42
Die Partei „Die Linke“ oder: Das Elend der Sozialdemokratie.....	44
<i>Ingo Wagner: Zur Dialektik der Zersetzung der Partei Die LINKE in ihrer historischen Endphase; Notizen</i>	44
In eigener Sache.....	56
<i>Redaktion offen-siv: Spendenaufruf für ein zweites, sehr interessantes Buchprojekt</i>	56

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Postadresse: Redaktion Offensiv, Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover,

Tel.u.Fax: 0511 – 52 94 782, Mail: redaktion@offen-siv.com, Internet: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

In- und Ausland: Konto Frank Flegel,

IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49, BIC: SPKHDE2HXXX;

Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Vor 70 Jahren hat die ruhmreiche Rote Armee die Völker Europas, darunter auch das deutsche vom Faschismus befreit. Welch ein Triumph der neuen Gesellschaftsordnung! Vor etwas mehr als 95 Jahren, nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, hatte Lenin gesagt, dass nun eine Bresche in den Imperialismus geschlagen und der Weg gezeigt sei. 25 Jahre später gab es einen solchen welthistorischen Sieg, der nicht mehr nur eine Bresche in den Imperialismus schlug, sondern ihm grundsätzlich die Stirn bot und die Systemfrage global aufwarf! In der Folgezeit entstanden die sozialistischen Staaten in Europa, siegte 1949 die Chinesische Revolution, befreiten sich drei ehemalige Kolonien durch sozialistische Revolutionen, nämlich 1948 Nord-Korea, 1959 dann Cuba, 1975 Vietnam, das imperialistische Kolonialsystem brach zusammen, bis 1960 hatten 18 ehemalige Kolonien in Afrika ihre Unabhängigkeit von ihren Kolonialmächten erreicht, arabische national-revolutionäre Entwicklungen brachten neue Perspektiven im Iran 1951 (dort wurden sie 1953 blutig niedergeschlagen), in Ägypten 1952, im Irak 1958, in Syrien 1958, in Libyen 1969¹, -welch unglaubliche Perspektiven waren entstanden!

Warum die Sowjetunion in der Lage war, den Sieg über den deutschen Faschismus im Zweiten Weltkrieg zu erringen und damit die Grundlagen für die eben skizzierten Entwicklungen zu legen, ist, wie Ihr wisst, in unserem neuen Buch von Michael Kubi: „Die Sowjetdemokratie und Stalin“ nachzulesen. Auch andere unserer Publikationen haben sich bereits der Aufklärung der Vorkommnisse und, wenn es möglich war, der zugehörigen Hintergründe gewidmet, genauso wie der Analyse des Niedergangs des Sozialismus und der Konterrevolution, so z.B. unsere Veröffentlichungen von Schriften der Genossen Kurt Gossweiler, Ulrich Huar, Michael Opperskalski, Grover Furr und anderer.

Die Kenntnisnahme scheint schwierig zu sein, denn, nur als Beispiel herausgegriffen, druckte die „junge Welt“ vor wenigen Wochen völlig unbeeindruckt von all dem die Lüge, dass Stalin rund 22.000 polnische Offiziere und Kriegsgefangene bei Katyn habe ermorden lassen². Und in den aktuellen Auseinandersetzungen innerhalb der DKP fallen - sinngemäß zitiert - Äußerungen des rechten Flügels wie die, Stalin habe

¹ Diese Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern dient nur der Veranschaulichung der damaligen Situation.

² Siehe dazu z.B. offen-siv 8/2014, S. 5ff; Grover Furr: „Die `offizielle´ Version des Massakers von Katyn widerlegt? Entdeckungen an dem Ort eines deutschen Massenmords in der Ukraine.“

den humanistischen Gedanken des Sozialismus diskreditiert, deshalb werde man selbstverständlich nichts von Stalin lesen, und wenn die offen-siv vom Marxismus-Leninismus spreche, meine sie die Stalinsche Parteiorganisation. Mit solchen Sätzen sind alle moralischen Urteile gefällt, inhaltliche Auseinandersetzungen werden überflüssig gemacht.

Das alles geht, und kaum jemand merkt auf oder widerspricht.

Stattdessen bitten namhafte Linke den Konterrevolutionär und Totengräber des Sozialismus, der in hohem Maße mitverantwortlich ist für die Entfesselung aller kriegerischen Potenzen des Imperialismus, den Herrn Gorbatschow, die Initiative für eine europäische Friedensinitiative zu ergreifen!

Das kann man kaum noch kommentieren. Die Linke in Deutschland ist in einem erschreckenden Maße orientierungslos.

In diesem Heft geht es um diese Themen und noch einige mehr. Aber seht selbst.

Zeitung machen kostet Geld, Bücher machen noch mehr. Bitte seht Euch in diesem Zusammenhang auch unsere Planungen unter der Rubrik „In eigener Sache“ an.

Frank Flegel

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel,

IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: „Offensiv“.

<h2>70. Jahrestag der Befreiung - und heute?</h2>

Irene Eckert: Gedenkt der ‘Internationalen’, denn der Weg zur Befreiung heißt Erinnerung

Das Exil ist auch heute für Millionen Menschen eine qualvolle Alltagserfahrung. Das Exil ist allgegenwärtige Metapher für den Zustand der Ungeborgenheit, der Fremdheit. Das Exil ist ein angenommener Übergangszustand. Der Mensch im Exil verharrt in Wartehaltung und hofft darauf, in die gute, geliebte Heimat zurückkehren zu können. Die ‘Heimat’ verkörpert dem flüchtigen Exilanten Behausung, Behütung, soziale

Einbettung, Aufgehobensein, Vertrautheit, kurz eine bessere Welt, in der es sich leben lässt, in der man der anfallenden Probleme Herr werden kann.

Das Exil erzwingt also einen positiven Gegenentwurf: Erlösung aus dem Elend, Rückkehr aus dem Eiland, dem Ausland, aus der Verbannung, Heimkehr in einen Zustand, wo es sich als Mensch unter Menschen leben lässt. Wo man eine gemeinsame, jedermann verständliche Sprache spricht, wo es sich leben lässt, da ist Heimat.

Mensch sein heißt überall auf Erden, sich nach einem heimeligen, heimatlichen, besseren Zustand sehnen und ihn verwirklicht wissen wollen und zwar im Verein mit anderen. Solange ein solcher Zustand unerreichbar scheint, verlagern ihn die Menschen in ein fernes Jenseits.

*“Wir wollen hier auf Erden schon das Himmelreich errichten” Heinrich Heine Deutschland, ein Wintermärchen(1844)*³

Der Kommunismus als reale Möglichkeit von einem auf Erden schon zu errichtenden ‘Paradies’, bot einst für Millionen Menschen eine geistige Heimat. Zeitweilig verkörperte gar die Sowjetunion die annähernde Realisierung des Menschheitstraumes. Die Internationale der Arbeiterbewegung schuf buchstäblich Vertraute überall auf dem Erdenrund. Zu seiner humanistischen Vision bekannten sich begreiflicherweise ganz besonders viele jüdische Menschen, gehörten doch die Angehörigen der mosaischen Religion als “klassische Vertriebene” mehrheitlich zu den Erniedrigten und Beleidigten. Jüdische Menschen verdanken gemäß ihrer Tradition des Disputats, gemäß ihres dialektischen Diskurses über die Auslegung der Tora auch eine besonders intensive Verstandesbildung. Ihr so geschulter, scharfer Verstand prädestinierte sie dazu, ihre Lage zu analysieren und häufig den Ausweg im Kommunismus respektive Sozialismus zu sehen.

Zur Korrektur der unhistorischen, geschichtsvergessenen Sinn-Verkehrung des Begriffs-Inhaltes “Kommunist” in Kurzfassung lese und höre man einmal den simplen und jedermann verständlichen Text der Arbeiterhymne “Internationale” des Franzosen Eugene Potier von 1871, vertont 1888 vom Belgier Pierre Degeyter . Hierin steckt in wenigen simplen Worten der echte Sinngehalt der proletarischen Bewegung, den die Mächtigen dieser Erde mit aller Gewalt und mit allen Raffinements weghaben müssen, denn einmal realisiert, verüberflüssigt er sie als gesellschaftliche Klasse. Noch heute verfügen diese kapitalen Kreise über unendliche Mittel zur Verwirrung von Köpfen und Herzen.

³ <http://www.heinrich-heine-denkmal.de/heine-texte/caput01.shtml>

Die bedeutendsten Geistesgeschaffenden der Jahre des aufstrebenden Sozialismus von 1848 – der Geburtsstunde des Kommunistischen Manifests – bis zum Beginn von Hitlers Vernichtungs-Krieg gegen das Sowjetreich im Juni 1941 und noch bis zu Stalins Tod 1953 waren dem Sozialismus freundlich gesonnen: Luis Aragon, Henry Barbusse, Bert Brecht, Helene Weigel, Charlie Chaplin, Albert Einstein, Lion Feuchtwanger, Heinrich Mann, Thomas Mann, Maxim Gorki, Howard Fast, Carl von Ossietzky und viel andere mehr.

Sehr viele dieser hellen Geister waren Juden oder mit solchen verhehlicht. Führende Parteikader in der Sowjetunion waren jüdischer Herkunft. Deswegen wurde als Zielscheibe von Hitlers Vernichtungs-Feldzug gen Osten der “jüdische Bolschewismus” angegeben.⁴ Millionen Menschen wurden um der Ausrottung desselben willen physisch liquidiert, in KZs zu Tode gequält, enteignet, ruiniert, in Gefängnisse gesteckt, nach dem Kriege noch mit Zehntausenden Ermittlungsverfahren (!) allein in Deutschland verfolgt. Ihr Hauptvergehen: Sie waren gegen die Wiederaufrüstung in den 50er Jahren und sie sympathisierten mit der DDR und galten daher als Hochverräter. Goebbels wird das Wort zugeschrieben: Wer Jude ist, bestimme ich.

Mit Stalins Tod 1953 begann in der SU der Niedergang des Sozialismus unter falscher Führung

Der Ukrainer Nikita Chruschtschow war ein Mann des Westens, einer, der besonders gut getarnt, “Säuberungen” und Krieg überstanden hatte, einer, der sich als “Trotzkistenjäger” verdient gemacht und viele andere ans Messer geliefert hatte. Seine folgenreiche Abrechnung mit Stalin auf dem 20. Parteitag der KPdSU im Jahr 1956 legte den Grundstein für eine grundlegende Revision des Geschichtsbildes von der bis dahin glorreichen Sowjetunion. Der Text für diese Rede war nicht durch die Parteigremien gegangen. Chruschtschows Vorgehen kam einem Putsch gleich.

Im Schicksalsjahr des NATO-Beitritts der BRD 1956 wurde die Kommunistische Partei in Westdeutschland verboten, das Verbot gilt bis heute. Die 1968 zugelassene DKP musste Auflagen erfüllen, ist in ihrer Programmatik mit der Konsequenz der alten Partei nicht annähernd zu vergleichen. Sie hat keinerlei Anziehungskraft mehr. Die DKP-Gründung unter Willi Brandts sozial-liberaler Koalition kann als geschickte Einbindung und allmähliche Aufreibung der Restbestände der alten illegalen Partei-

⁴ Daß es bekanntermaßen, historisch bedingt, auch jüdische „Blutsauger“ gab, kam der Propagandamaschine von Goebbels zu Pass. So etwa der üble Filmstreifen “Jud Süß” von Veit Harlan, eine sinnverkehrte Filmparodie auf Lion Feuchtwangers weltberühmten, gleichnamigen Roman. Man zog gegen das “jüdische”, das “raffende” Kapital zu Felde und schonte das eigene als das “schaffende”.

kader gewertet werden. Das Berufsverbot zur Wiederherstellung der Grundsätze des Berufsbeamtentums 1972 tat das Übrige.

Was die Gewalt nicht schafft, schafft Schliche, Unterwanderung und Beherrschung der Medien

Am folgenreichsten war die innere Zersetzung der Sowjetunion unter Chruschtschow und endlich die Preisgabe der Errungenschaften der UdSSR unter Gorbatschow. Sein Amtsnachfolger Boris Jelzin, der Alkoholiker, setzte alles daran, auch noch die Restbestände des großen und vor allem rohstoffreichen Russland dem Westen auszuliefern. Für einige wenige Oligarchen bedeutete das eine unendliche Bereicherung. Erst mit Wladimir Putins Amtsantritt am 31. 12. 1999 änderte sich die russische Politik wieder und begann sich erneut an den nationalen Belangen des russischen Volkes zu orientieren. Der Total-Ausverkauf wurde gestoppt. Keineswegs aber handelte sich um eine irgendwie geartete Rückkehr zum Sozialismus. Aber nationaler Widerstand genügt, denn er schadet den NATO-Interessen unter US-amerikanischer Führung. Präsident Putin mutierte in den kapitalen Kreisen des Westens bald zum meist gehassten Politiker. Er wurde von den Konzernmedien 2014 als neuer "Stalin" verteufelt, ja gar als Hitler dämonisiert, der widersinniger Weise Europa angreife!!!!

Spätestens im Verlaufe des letzten Jahres wurde überdeutlich, was totalitäre Propaganda vermag und wie vollkommen die Medien der Welt mithilfe der US-Konzerne gesteuert werden können.

Geschichtsvergessenheit ermöglichte so am Ende eines jahrzehntelangen Prozesses die völlige Dämonisierung des einst weltweit hoch geschätzten Sowjetführers Stalin. Damit war der Kommunismus erledigt. McCarthy's Kommunistenhatz in den USA der 50iger Jahre, der Justizmord am jüdischen Kommunistenpaar Rosenberg, die Zerstörung vieler einst populärer Existenzen, man denke etwa an den beliebten Krimi Autor Dashiell Hammet, an die 'Hollywood Zehn' von 1948⁵ an die Diskriminierung Arthur Millers und vieles dergleichen mehr.

Danach war alles andere möglich. Man erinnert sich an die Dämonisierung zwar nicht kommunistischer, aber widerspenstiger, unliebsamer Staatschefs, die sich US-Diktaten nicht bedingungslos beugen wollten und die schließlich würde- und schamlos ermordet wurden, so etwa Milosevic, Hussein, Gaddafi.

⁵ Die Hollywood Ten ist die Bezeichnung für zehn Drehbuchautoren, Schauspieler und Regisseure aus Hollywood, die sich geweigert hatten, vor dem Ausschuss des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten von Amerika zur Untersuchung „unamerikanischer Umtriebe“ über Mitgliedschaften in der kommunistischen Partei auszusagen, und Anfang 1948 zu Haftstrafen verurteilt wurden.

Das DDR-Staatsoberhaupt Erich Honecker – unter Hitler bereits im Zuchthaus – wurde nach 1990 erneut dahin verdammt. Anders als der zum Rücktritt gezwungene Ulbricht war Honecker kein großer Staatsmann, hat aber solche Behandlung gewiss nicht verdient. Sie ist vielmehr ein Justiz-Skandal, mit dem man die alte Politik fortsetzt. Staatschef Honecker musste als STASI-Symbol für seine “Starrheit” und Unbotmäßigkeit und für sein Bekenntnis zum Arbeiter- und Bauernstaat büßen. Er büßte ähnlich wie Milosevic, Hussein, Gaddafi.

Nicht nur in Europa, auch in Asien, in Indonesien allein wurden in den 60er Jahren hunderttausende Kommunisten oder als solche Verleumdete unter US-Anleitung ‘umgelegt’. Das sollte ernsthaft zu der Frage verleiten, durch welches Vergehen sie sich zu Tod-Feinden des Imperiums gemacht haben.

Verleumdung, Stigmatisierung, Vergessen

Am schlimmsten und nachhaltigsten gegen den Kommunismus und seine engagiertesten Verfechter wirkte allerdings am Ende der Rufmord und die Sinnentstellung des Ideengehalts der potentiell menscheitsbefreienden Theorie. Die Texte der Klassiker wurden als unmodern und völlig untauglich zum Erfassen der “Postmoderne” verunglimpft. Seit Mitte der 80er Jahre werden sie so gut wie nicht mehr gelesen, geschweige denn studiert. Sie enthalten aber das wertvollste Erbe der Menschheit: Karl Marx‘ und Friedrich Engels‘ Schriften analysieren das Wesen des Kapitalismus und seine Wirkungsmechanismen. Sie benennen die sozialen Kräfte, die ihn überwinden könnten, wären sie sich dessen erst bewusst. Lenin entwickelt die Parteitheorie und legt so die praktischen Grundsteine dafür, die großen Menschheitsträume in die Tat umzusetzen. Er fällt früh einem Attentat zum Opfer.

Stalin verhilft mit der Klarheit und Verständlichkeit seiner umfanglichen Schriften, vor allem aber mit seinem Mut und seiner unermüdlichen Tatkraft immer im Kollektiv mit anderen Klarsichtigen dazu, Lenins Werk zur Überwindung des Elends in seinem großen Lande zum Erfolg zu verhelfen. Er schuf der Welt ein Vorbild.

Stalins Werke gelten heute bestenfalls als Schrott. Als Bücher gibt es sie kaum noch. Zum Glück stehen sie, den diesbezüglichen Genossen/innen sei Dank, im Internet.

Die umfassendste ‘Bücherverbrennung’ der Neuzeit fand nicht unter den Nazis, sondern nach 1990 mit der völligen Entsorgung des Bücherbestandes der DDR statt. Auf dem Müllhaufen der Geschichte landet ein großartiger, fortschrittlicher Bücherbestand und zwar ganz wörtlich. Vieles stammte in der DDR, gewürdigt und neu aufgelegt, aus dem Bestand der einstmaligen “Exil-Literatur”, vieles davon wird bis heute verramscht. Es sind darunter vom DDR-Aufbauverlag editierte Schriften von Anna Sehgers bis Lion Feuchtwanger.

Ja ich selbst sogar habe zur Zeit der Konterrevolution in Deutschland, damals „Wendezeit“ genannt, die Klassiker „entsorgt“ – wie man es zur McCarthy-Zeit in den USA gemacht hat.

Auch deswegen rate ich dazu, das Vergangene wieder auszugraben, denn in der Asche finden sich wertvolle, menscheitsbefreiende Funken, die das Feuer wieder zu entzünden vermögen.

Liedtext der Internationalen:

*Wacht auf, Verdammte dieser Erde, die stets man noch zum Hungern zwingt!
Das Recht wie Glut im Kraterherde nun mit Macht zum Durchbruch dringt.
Reinen Tisch macht mit dem Bedränger! Heer der Sklaven, wache auf!
Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger Alles zu werden, strömt zuhauf!*

*Völker, hört die Signale! Auf zum letzten Gefecht! Die Internationale erkämpft das
Menschenrecht.*

*Es rettet uns kein höh'eres Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun.
Uns aus dem Elend zu erlösen können wir nur selber tun!
Leeres Wort: des Armen Rechte, Leeres Wort: des Reichen Pflicht!
Unmündig nennt man uns und Knechte, duldet die Schmach nun länger nicht!*

*Völker, hört die Signale! Auf zum letzten Gefecht! Die Internationale erkämpft das
Menschenrecht.*

*In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute, wir sind die stärkste der Partei'n.
Die Müßiggänger schiebt beiseite! Diese Welt muss unser sein.
Unser Blut sei nicht mehr der Raben, nicht der mächt'gen Geier Fraß!
Erst wenn wir sie vertrieben haben, dann scheint die Sonn' ohn' Unterlass!*

*Völker, hört die Signale! Auf zum letzten Gefecht! Die Internationale erkämpft das
Menschenrecht.*

Das Lied „Die Internationale“ gilt weltweit als Hymne des Sozialismus und Kommunismus und wurde in die meisten Sprachen der Welt übersetzt. In einigen sozialistischen Staaten nahm sie einen nahezu gleichrangigen Platz wie die jeweilige Nationalhymne ein, unter anderem in der DDR.

Irene Eckert

Probleme der Friedensbewegung

Jakop Heinn: Mahnwachen machen Wahn oder Breit sein ist alles

Jedes Jahr war es dasselbe: Am Ostersonntag-Vormittag begann in Duisburg-Mitte der Ostermarsch Ruhr. Doch just zur selben Zeit setzte sich am anderen Ende der Königstraße ein anderer Marsch in Bewegung: Jubelnde Jugendliche mit anständigem Haarschnitt, die enthusiastisch verkündeten: „Jesus lebt!“ Und darüber freuten sie sich so, als hätten sie es gerade erst erfahren.

Ach, was waren das für Zeiten, als man die Verwechslungen noch unterscheiden konnte!

Heute ist nicht nur das Publikum verwirrt. Auch die Darsteller wissen nicht mehr, in welchem Stück sie spielen. Man weiß nicht: Wird da alter Wein in neue oder neuer Wein in alte Schläuche gefüllt?

Böse Zungen hatten der Friedensbewegung schon attestiert, sie könne heute kaum noch eine Menschenkette um eine Litfaß-Säule zustande bringen. Doch da ist sie wieder! Und sie kommt einem noch so bekannt vor – und doch ist alles irgendwie verschoben.

Die Rußland-freundlichen Töne fallen auf. Die Töne sind heute freundlicher als zu Zeiten, in denen die Sowjetmacht hierzulande noch eine vernehmliche Lobby hatte. Es leuchtet ein, daß aus der Friedensbewegung Kritik an der aggressiven Osterweiterungspolitik von NATO und EU geäußert wird. Die Sache hat nur einen Schönheitsfehler: Wohlwollen gegenüber Rußland ist neuerdings Herzenssache in Rechtskreisen. Die erste Pro-Rußland-Demonstration in Berlin wurde von der rechtspopulistischen Pro-Bewegung dominiert. Auch der Querfront-Nationalist Jürgen Elsässer gibt der „Freundschaft mit Rußland“ hohe Priorität. Widerspruch gegen imperialistische EU-Politik vermischt sich mit homophober Sympathie für das autoritäre Bollwerk gegen „westliche Dekadenz“.

Eine weitere Auffälligkeit ist das immer wieder auftauchende Kürzel „FED“. Das ist die US-amerikanische Federal Reserve Bank, übrigens ein privatrechtliches Unternehmen. Wo diese Bank in Reden und Statements erwähnt wird, erscheint sie als die Wurzel allen Übels. Die Federal Reserve Bank, da ist man sich sicher, steckt hinter allen Kriegen der letzten 100 Jahre.

Das hört sich nicht nach sachlicher Analyse an, sondern nach abstruser Verschwörungphantasie – die aber gern aufgegriffen wird, weil sie ein Lieblingsthema der Rechten bedient: die Kriegsschuldfrage.

Der hier zutage tretende Geschichtsrevisionismus sei eine Verharmlosung der Shoa, empörte sich Jutta Ditfurth: *„Diese ungeheuerliche Aussage entlastet Nazi-Deutschland vom Zweiten Weltkrieg, und auch für die Vernichtung der deutschen und europäischen Juden sind weder die USA noch eine US-Bank verantwortlich. Nazi-Deutschland wird entlastet.“* Sie sieht in den Kundgebungen der „neuen“ Friedensbewegung „neurechte Demonstrationen“. Diese seien *„eine Kriegserklärung gegen jüdische Menschen, gegen alle Aufklärung, gegen Humanismus.“*

Die Aktionsform der „Neuen Friedensbewegung“ sind die „Montags-Mahnwachen“ in verschiedenen Städten. Das sind eigentlich Kundgebungen mit unterschiedlicher Teilnehmerzahl. Auch die Querfront-Rapper von „Bandbreite“ durften schon bei Montags-Mahnwachen Musik machen (siehe DER METZGER 110). Die MLPD wirft den Veranstaltern vor, ihre Idee geklaut zu haben und legt Wert darauf, daß die Mahnwachen mit ihren Montags-Demonstrationen gegen Hartz IV nichts zu tun haben: *„Die Bewegung insgesamt ist unbedingt mit Vorsicht zu genießen und abzulehnen. Die Initiatoren ziehen keinen klaren Trennungsstrich zu ultrarechten, faschistoiden und faschistischen Personen und Gruppierungen. [...] Sie sind nicht Teil unserer Bewegung und es gibt auch keine Zusammenarbeit mit ihnen.“*

Die „Montags-Mahnwachen“ (oft schon als „Wahnwachen“ verspottet) bieten kein einheitliches Bild. Da und dort gibt es „Abgrenzungen nach rechts“, wobei Rechte nicht immer als solche erkannt werden. „Abgrenzung“ bedeutet manchmal nur, daß Rechten bescheinigt wurde, gar keine Rechten zu sein. „Abgrenzung“ bedeutet, daß Jürgen Elsässer auf der einen Kundgebung nicht reden darf, auf der anderen aber doch. Elsässer vermutet hinter den zaghaften „Abgrenzungen“ den „erheblichen Druck“ der „politisch-korrekten Meinungs-Mafia“ bzw. ein „bundesweites Kesselreiben der Linksradikalen“, und als „Monopol-Medium“ nennt er die *Taz*.

Neben dem schillernden Elsässer, der schon die verschiedensten Bereiche der Linken durchlaufen hatte, bevor er zum Ultra-Nationalisten wurde, und der als Quer-Einsteiger gelten kann, ist die neuartige Friedensbewegung besonders durch zwei Personen repräsentiert: Ken Jebsen und Lars Mährholz.

Mährholz, zuvor nicht öffentlich in Erscheinung getreten, hat es mit dem US-amerikanischen Zentralbanken-System als den „größten Kriegstreiber auf der Welt“. Er meint, „daß die amerikanische Federal Reserve, die amerikanische Notenbank, das ist eine Privatbank, dass sie seit über hundert Jahren die Fäden auf diesem Planeten zieht.“

Die ganze Klaviatur rechtspopulistischer und braunesoterischer Verschwörungspanik wird von Ken Jebsen gespielt. Für seinen früheren Arbeitgeber Radio Berlin-Brandenburg war der Moderator einer Jugend-Radiosendung nicht mehr tragbar wegen antisemitischer Ausfälle, wie etwa dieser: „*Ich weis (sic!) wer den Holocaust als PR erfunden hat. Der Neffe Freuds, Bernays. in seinem Buch Propaganda schrieb er wie man solche Kampagnen durchführt. Goebbels hat das gelesen und umgesetzt.*“ In einem „*Offenen Brief an Angela Merkel*“ wirft er der Bundeskanzlerin vor, „*kranken Ideen radikaler Zionisten*“ zu übernehmen und eine „*rassistische Grundüberzeugung*“ zu unterstützen. „*Nationalzionisten haben Israel okkupiert, wie Nazis 33 Deutschland okkupiert haben und sprechen im selbst ernannten Auftrag für alle Juden.*“

Für die gute alte traditionelle Friedensbewegung, die noch das Erbe der legendären Aktionen der 80er Jahre verwaltet, stellte sich nun die Frage, wie sie mit der neuen Friedenswahnmachen-Bewegung umgehen soll: ignorieren, distanzieren oder sich dranhängen?

Und so entstand der „Friedenswinter“ als große Gemeinschaftskampagne, als „Brückenschlag zwischen alter und neuer Friedensbewegung“ gelobt oder getadelt. „Linkspartei-Reformer Klaus Lederer“ bezeichnet in der *Taz* „das ganze als Querfront-Projekt“. Gewarnt wurde auch von der VVN. Der Aufruf aber erinnert mehr an den guten alten „Minimalkonsens“. Auf gar zu deutliche Querfront-Stichwörter wurde verzichtet. Unter dem Friedenswinter-Aufruf finden sich dann also Unterschriften von Elmar Altvater, Andreas Buro, Diether Dehm, Eugen Drewermann, Wolfgang Gehrcke, Evelyn Hecht-Galinski, Florence Hervé, Sabine Kebir, Norman Paech, Peter Sodann, Kathrin Vogler, Sahra Wagenknecht, Konstantin Wecker und noch viele aus Linkspartei, Attac, Gewerkschaft, auch DFG-VK, neben den Wahnmachen-Rednern, als wären sie alle aus ein- und demselben Holz. Es genügt nun mal nicht, den Text zu lesen. Man muß auch darauf achten, wer ihn sonst noch unterschreibt.

Ist auch alles irgendwie verschoben, kommt es einem doch bekannt vor. Das Revival mag zur Sorge Anlaß geben – zur Überraschung nicht.

Immer schon hat es Rechte in der Friedensbewegung gegeben, Nationalisten, denen durch gern gehörte Antiamerikanismen der Schulteranschluß mit Linken und Pazifisten leicht fiel. Es gab in der Friedensbewegung auch immer komische Heilige, denen man was von Flugzeug-Kodensstreifen erzählen konnte. Das ging deshalb so glatt, weil den Strategen der Friedensbewegung Stimmung immer wichtiger war als Erkenntnis: Nicht die Analyse des Militarismus, sondern: den Frieden mit der Seele suchen. Ein paar Nationalisten und ein paar Verrückte mehr bedeutet da vor allen: ein paar Leute mehr. Viel bringt viel, und mehr bringt mehr.

Eine weiche Flanke nach rechts ist die Erbkrankheit der deutschen Linken. Das fing mit dem „Bund der Deutschen“ in den 50er Jahren doch schon an. Die Deutsche Linke hat mehr nach Breite als nach Schärfe gestrebt: Breit sein ist alles! Die Deutsche Linke ertrug es nicht, als Bürgerschreck und als kleine radikale Minderheit sich nützlich zu machen. Sie wollte viel lieber das ganze Volk unter ihre Fittiche nehmen. Sie war bereit, der Breite wegen ihre Substanz zu verdünnen.

Das war alles halb so schlimm, solange die Linke noch agil war und zumindest quantitativ was in die Waagschale hineintun konnte. Die Sehnsucht nach Frieden war ein Eingang zur Linken. So wie die Dinge heute liegen, ist die Sehnsucht nach Frieden eher ein Eingang zur Rechten.

Daß die Linke an Mobilisierungskraft und Attraktivität verloren hat, liegt daran, daß sie sich in unsinnigen Antisemitismus-Debatten aufgerieben hat und durch Quatsch-Kampagnen wie „Critical Whiteness“ oder „feministisches Sprach-Handeln“ eher einem Narrenkäfig ähnelt.

Die Straße gehört also „Pegada“ (Patriotische Europäer gegen die Amerikanisierung des Abendlandes), die sich auch „Engagierte Demokraten gegen die Amerikanisierung Europas“ nennen, was sich als „Endgame“ abkürzen läßt, was für manche Neonazis das Schlüsselwort für „Endsieg“ bedeuten soll. Die engagierten Patrioten siegten am 24. Januar in Erfurt und am 21. Februar in Halle, beschallt von der Querfront-Kapelle „Bandbreite“. Von „Anhängern der sogenannten Truther-Szene (die die offizielle Version des „11. September“ bezweifelt), Hooligans, Neonazis, aber auch friedensbewegten Bürger“ berichtete die *Junge Welt*, ebenso von den unvermeidlichen Komplementär-Verrückten, die als „Gegendemonstration“ mit Fahnen der USA, Israels und der Europäischen Union als „Die eigentlich patriotischen Patrioten“ (abgekürzt: „Deppen“) den Idiotenhügel vervollständigten. Auf dieser Veranstaltung durfte der „Reichsbürger“ und verurteilte Holocaustleugner Christian Bärthel die Haftentlassung des Rechtsextremisten Horst Mahler fordern.

An „*liebe Medienvertreter, Freunde und Sympathisanten von HoGeSa, PEGIDA, freiheitlich-patriotischen Parteien und Aktionsbündnissen*“ wendet sich „Gemeinsam-Stark Deutschland e.V.“. Der Verein setzt sich aus Fußballfans verschiedener Städte zusammen: „*In den Farben getrennt, in der Sache vereint – für Deutschland*“. Er bekennt sich zu „*den Werten des Grundgesetzes und den Allgemeinen Menschenrechten*“, will „*den amerikanischen und britischen Rüstungskonzernen entgegentreten*“, lehnt das TTIP-Abkommen mit den USA ab und fordert das Ende der Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Gebiet und den Austritt Deutschlands „*aus dem Angriffsbündnis NATO*“. Er fordert „*erneuerbare Energien und die Erforschung anderer Energiequellen anstatt Fracking*“, bekennt sich zur Aufnahme von Kriegsflüchtlingsen aus humanitären Gründen und ebenso zu einem „*gesunden National-*

stolz“. Dabei spielt es keine Rolle, „*ob du ein sogenannter ‚Passdeutscher‘ oder ‚Biodeutscher‘ bist*“. Der Verein tritt ein „*für den Erhalt deutscher Werte und Tugenden sowie gegen den Multi-Kulti-Wahnsinn, für ein spezifisches Asylrecht und gegen den massenhaften Asylmissbrauch, für die soziale Marktwirtschaft mit einer gerechten Umverteilung von faul nach fleißig*“. „*Wir sind Deutsche. Und das soll auch in Zukunft so sein. Der Slogan, ‚wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen‘, drückt dieses Gefühl aus. Wir stellen uns gegen die Islamisierung Deutschlands, insbesondere durch radikale Hassprediger und links-rot-grün versiffte Gutmenschen, Parteien, Gewerkschaften und Sozialverbände sowie Kirchen. [...] Darüberhinaus stellen wir die Frage nach der Souveränität Deutschlands, wie es z.B. bereits Gregor Gysi und der von den Medien als ‚Neu-Rechter‘ und ‚Reichsbürger‘ diffamierte Xavier Naidoo getan haben.*“

Die nationalstolzen Atomwaffengegner sind keine Anfänger: „*Einige unserer Mitglieder waren bereits bei den ‚Friedensmahnwachen‘, der ‚HoGeSa‘ oder ‚PEGIDA‘ aktiv dabei.*“

Beim Ostermarsch sehen wir uns dann wieder.

Jakob Heinn (Nachdruck aus: Der Metzger, Nr. 113, April 2015. Der Metzger erscheint in der Situationspresse Loewen & Gorny, Finkenstr. 56, 47057 Duisburg; wir danken für die Genehmigung des Nachdrucks)

Helmut Loeven: Ostermarsch auf Abwegen?

Am 25. Februar tat die DFG-VK Duisburg per Rundmail folgende sensationelle Mitteilung:

*DFG-VK Duisburg
c/o Buchhandlung Weltbühne
Gneisenaustraße 226
47057 Duisburg
info@dfg-vk-duisburg.de*

Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,

mit Fassungslosigkeit haben wir zur Kenntnis genommen, dass das Friedensforum Duisburg sich anschickt, bei der Auftaktkundgebung des Ostermarschs Ruhr am 4.4.2015 in Duisburg die Gruppe „Die Bandbreite“ auftreten zu lassen.

Die DFG-VK Gruppe Duisburg lehnt diese Provokation ab und hat kein Verständnis für die starrsinnige Haltung des Friedensforums Duisburg.

Wir werden nicht an der Auftaktkundgebung in Duisburg teilnehmen und nicht zur Teilnahme aufrufen.

Zum Thema „Die Bandbreite“ verweisen wir auf die auf unserer Website dokumentierten Texte:

Die letzten Tassen oder Der apologetische Kusselkopp

(<http://www.dfg-vk-duisburg.de/bandbreite1.html>)

Ein ganzer Rattenschwanz... Die Bandbreite eines Milieus

(<http://www.dfg-vk-duisburg.de/bandbreite2.html>)

Schreiben des Friedensforums Duisburg an die DFG-VK Duisburg 3.4.2012

(<http://www.dfg-vk-duisburg.de/Brief-Friedensforum-3-4-2012-persoentDatengeschwaerzt-kl.jpg>)

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

DFG-VK Duisburg

Die DFG-VK erläuterte auf ihrer Homepage:

Seit 1981 beteiligte sich die DFG-VK Gruppe Duisburg in jedem Jahr an der Auftaktkundgebung des Ostermarschs Ruhr in Duisburg durch einen Kaffeeauschank und einen Büchertisch. 2012 wurden wir gegen unseren Willen durch die Veranstalter von der Teilnahme ausgeschlossen, weil wir die Absicht hatten, auf unserem Büchertisch auch die Ausgabe 96 der Zeitschrift Der Metzger zu verkaufen, die zwei kritische Artikel zur Musikgruppe Die Bandbreite enthält. [...]

2013 und 2014 waren wir wieder wie immer präsent.

Am 25.2.2015 lasen wir auf dem Blog des Duisburger Friedensforums unter der Überschrift „Friedensforum Duisburg verbittet sich Bevormundung“ einen „Offenen Brief an Willi Hoffmeister und Joachim Schramm“.

Wir haben daraufhin beschlossen, zum ersten mal nach über 30 Jahren nicht an der Duisburger Ostermarschkundgebung teilzunehmen [...].

In dem von Christian Uliczka unterzeichneten „Offenen Brief an Willi Hoffmeister und Joachim Schramm“ heißt es:

Liebe Freunde vom Ostermarsch-Komitee,

seit Jahren ist uns vom Friedensforum Duisburg, jedenfalls den meisten von uns, die mit undifferenzierten und weitgehend unbelegten Vorwürfen gegen DIE BANDBREI-TE geführte Boykott-Kampagne ein Dorn im Auge. Wir hatten bisher gute Erfahrungen mit dieser Gruppe gemacht und wollten für uns endlich klären, was wohl an den Vorwürfen dran sei. Marcel Wojnarowicz, genannt Wojna, und sein Kompagnon

Torben waren vor zwei Monaten [...] bei uns und haben sich stundenlang befragen lassen und uns dabei von ihrer einwandfreien Haltung überzeugt. Darum haben wir am 9. d.M. mit einer Gegenstimme entschieden, DIE BANDBREITE zum Ostermarsch-Auftakt bei uns auftreten zu lassen.

Das haben wir Euch beiden, Willi und Joachim, als Ihr vorvorigen Samstag, 14. d.M., gleichfalls mehrere Stundenlang, bei uns wart und vergebens versucht habt, uns von unserer Entscheidung für DIE BANDBREITE abzubringen, beharrlich entgegengehalten.

Und da kommt Ihr jetzt mit einem weiteren Angriff auf unsere Entscheidungsfreiheit und wollt uns mit rhein/ruhr-weitem Extratreffen nächsten Samstag in Essen doch noch überrollen.

Eine, nicht nur in unseren Augen, unerhörte Zumutung, ein Nackenschlag, zumal mit Blick auf die hochbrisante Weltlage, für das Ansehen des Ostermarschs als Friedensherold ...[...]

Weil wir Duisburger also mehrheitlich ein Treffen am 28. d.M. für überflüssig halten, werden wir daran als Gruppe nicht teilnehmen.

Mit friedlichem Gruß

Christian (Uliczka)

Der Wille, „endlich zu klären, was an den Vorwürfen dran sei“, war nicht allzu ausgeprägt. Die „weitgehend unbelegten Vorwürfe“ sind ausführlich belegt (siehe oben). Ich fresse einen Besen, wenn die Mitglieder des Friedensforums mal einen Blick in diese Dokumente geworfen haben. Ich will mich ja nicht vergleichen, aber: Die kommen mir vor wie das Heilige Offizium, das sich weigert, durch Galileis Fernrohr zu gucken. („Nein, den METZGER lesen wir nicht“).

Das Friedensforum begnügte sich stattdessen mit einer stundenlangen Befragung mit der Antwort, wie sie nicht anders hätte sein können. Anstatt sich zu informieren, läßt man den Mann über sich selber urteilen.

Wie kommt mir das vor? Das kommt mir vor wie Leute, die einem windigen Anlageberater aufgesessen sind und ihm ihre ganzen Ersparnisse überlassen haben, weil er ihnen die Verdreifachung ihres Vermögens in sechs Wochen versprochen hat. Und wenn man den Leuten sagt: „Wie konntet ihr nur einem solchen Halsabschneider, einem solchen Betrüger euer ganzes Geld überreichen?“, dann sagen die: „Wieso denn? Wir haben den doch gefragt: Sind Sie ein Betrüger? Sind Sie ein Halsabschneider? Und da hat er gesagt. Nein. Und da haben wir gesagt: Ja dann ist ja alles in Ordnung.“

Die DFG-VK Duisburg spricht von Provokation. Und das ist es auch. Es mußte den Friedensfreunden doch bewußt sein, was sie mit ihrer Entscheidung auslösen.

Ach, lesen Sie auch DER METZGER Nr. 100 (Tagebuch). Wir reden hier doch nicht über was Neues.

Aus der VVN NRW erhielt ich diese E-mail:

Wir haben gestern in Kassel als VVN-BdA-FriedensAG getagt. Wir waren uns einig:

Dort wo Formationen wie Bandbreite und Montagsmahnwachen sind, werden wir den Ostermarsch nicht unterstützen. Für uns geht er also nicht in Duisburg, sondern in Düsseldorf los, wenn sich die Duisburger das nicht noch mal überlegen.

Daß sich „die Duisburger“ das noch einmal überlegen, ist wahrscheinlich zu viel erwartet.

Das Ostermarschkomitee (vertreten durch Willi Hoffmeister und Joachim Schramm) hatte am 18. Februar erklärt:

In der Vorbereitung des Ostermarsches hat sich eine problematische Situation ergeben, die die Einberufung einer außerordentlichen Friedensversammlung notwendig erscheinen [läßt].

Das Duisburger Friedensforum möchte die Musikgruppe "Die Bandbreite" für die Auftaktveranstaltung in Duisburg einladen. Das Bochumer Friedensplenum hat daraufhin erklärt, dass für sie der Auftritt dieser Gruppe unakzeptabel ist und ihre Beteiligung am Ostermarsch in Frage gestellt. Der "Bandbreite" wird von ihren Kritikern vorgeworfen, eine links und rechts verbindende Querfront-Politik zu unterstützen und immer wieder bei rechtslastigen Veranstaltungen aufzutreten. Die Duisburger haben sich nach eigenen Angaben jedoch von der linken Grundhaltung der Gruppe überzeugt.

Der Ostermarsch steht nun vor dem Problem, wie wir mit dem eventuellen Wegfall der Abschlusskundgebung des zweiten Tages im Bahnhof Langendreer umgehen. Auch der Start des dritten Tages in Bochum-Werne steht eventuell in Frage. [...]

Wir finden es den demokratischen Gepflogenheiten des Ostermarsches angemessen, wenn wir gemeinsam über das richtige Vorgehen mit dieser Situation beraten. Vielleicht finden wir dabei auch noch eine Lösung, die für beide Seiten akzeptabel ist. Dies muss geschehen, bevor wir die Flyer und das Plakat in Druck geben können.

Genau das war zu befürchten: Daß eine Lösung gefunden wird, die für beide Seiten akzeptabel ist. Dem Duisburger Friedensforum wird die Mißbilligung der anderen mitgeteilt und fertig.

Eine Lösung, die zwar nicht für beide Seiten akzeptabel, aber gut gewesen wäre: Das Ostermarsch-Komitee entzieht dem Duisburger Friedensforum die Lizenz – nach dem Motte: Was immer ihr auch am Ostersonntag-Vormittag in Duisburg veranstaltet, das hat nichts mit dem Ostermarsch zu tun. Es wird nicht auf dem Plakat und nicht im Programm erscheinen. Der Ostermarsch beginnt nicht am Ostersonntag-Vormittag in Duisburg, sondern am Ostersonntag-Nachmittag in Düsseldorf. Denn sonst kommt wieder das Fernsehen nach Duisburg und berichtet von einer blamablen „Auftraktkundgebung“, zu der noch weniger Leute hinkommen als sonst, nämlich nur noch die, die es nicht wissen und nicht wissen wollen, und die, die das antifaschistische Element der Friedensarbeit einer falschen Loyalität opfern.

Das frage ich mich: Muß man eigentlich, um Antimilitarist zu sein und Friedensarbeit zu tun, der Friedensbewegung angehören? Kann man sich nicht selbständig machen?

Helmut Loewen (Nachdruck aus: Der Metzger, Nr. 113, April 2015. Der Metzger erscheint in der Situationspresse Loewen & Gorny, Finkenstr. 56, 47057 Duisburg; wir danken für die Genehmigung des Nachdrucks)

Irene Eckert: Wider Frau Barbara Lochbihlers kriegerischen Menschenrechtsfeldzug

Frau Barbara Lochbihler, Grüne EUropa-Abgeordnete, ehemalige Amnesty Chefin, nun stellvertretende Vorsitzende im Menschenrechts-Ausschuss des EU-Parlaments, äußert ihre Besorgnis um die vermeintlichen "Verbrechen" des syrischen Staatschefs Assad⁶ fristgerecht zur bevorstehenden neuen Verhandlungsrunde zur friedlichen Beilegung eines von außen infiltrierten Terrorkrieges gegen Syrien.

⁶ *Bashar Assad commends Russia's efforts on Syrian settlement News | 23.03.2015 | 00:04
TASS - Syria's President Bashar Assad said on Sunday his country commended Russia's efforts to settle the Syrian crisis. "The government and people of Syria feel trust to Russia's peacekeeping efforts, despite the obstacles put on their path by some European and regional states, which continue to back terrorist organizations," Assad said at a meeting with Russia's Ambassador at Large Azamat Kulmukhametov ahead of the second round of intra-Syrian consultations due to be held in Moscow on April 6 through 9. The Syrian president stressed the necessity to coordinate Moscow's and Damascus' efforts geared towards establishing an intra-Syrian dialogue. "It is necessary to coordinate the agenda of the forthcoming forum that would outline areas of work, the platform of talks and a mechanism to guarantee the implementation of the tasks," he said. At the first round of consultations on January 27-29, the majority of participants, including the governmental delegation, approved the so-called Moscow Principles that are geared to promote national accord. These principles provide for preserving Syria's sovereignty, unity and territorial integrity, and anti-terrorism efforts.

Da selbst US-Außenminister John Kerry kürzlich die Bereitschaft der USA, mit Assad zu verhandeln, eingestehen musste, fordert jetzt eine führende Grüne, eine ehemalige Pazifistin und Frauenrechtlerin ein "begrenztes Bombardement" Syriens, um den bösen Assad davon abzuhalten, seine Bevölkerung weiter zu misshandeln. Zynischer geht es nicht mehr.

Die altehrwürdige Kulturnation Syrien, in der Frauen stets große Hochachtung genossen, die Wiege des Christentums, ein Hort multikultureller und inter-religiöser Verständigung, ein kleiner arabischer Staat, der seine Unabhängigkeit verteidigt, ein Land, dem ein aufgeklärter, mit hoher Zustimmung wiedergewählter Präsident vorsteht, ein Augenarzt, dessen Ehefrau Computerexpertin ist und der ohne Schwierigkeiten seine Familie längst hätte in Sicherheit bringen können, bietet dem Imperium die Stirn. Asterix gegen das große Rom. Solche Unbotmäßigkeit kann das Imperium nicht ertragen.

Da müssen die den Terror schürenden Kräfte nachlegen und ihre besten Leute ins Feld schicken

Seit der Zerstörung Libyens 2011, in dem heute das Chaos regiert, seit dem grausamen Ende, das seinem "Diktator" Gaddafi bereitet worden war, kämpft das kleine Syrien mutig gegen ein ähnliches Schicksal. Alle medialen Lügen werden daher von einer US-hörigen Konzernpresse aufgeboten, um nach der Zerstörung Jugoslawien, nach der Zerstückelung des Irak, nach dem Ende der Hoffnung für Palästina nun auch noch Syrien in die Knie zu zwingen. Es scheint einfach nicht glücken zu wollen, denn Syrien hat große Freunde in der Welt. Neben dem Iran sind dies vor allem Russland, aber auch China, das sich einer offenen Militärintervention nach dem Muster Libyens in den Weg stellen. Die großen, für Multipolarität engagierten Gegenkräfte haben begriffen, dass es am Ende gegen sie geht. Sie haben endlich erkannt, dass eine Enthaltung im UN-Sicherheitsrat nicht mehr genügt. Sie haben seit 2011 ihre Reihen fester zusammengeschlossen und erstmalig in der Nachkriegsgeschichte ihr doppeltes Veto eingelegt.

Wer allerdings nichts begreift, das sind die OLIV-GRÜNEN, die einstigen Verfechter der Solar-Energie und der atomaren Abrüstung. Solange es gegen die Sowjetunion ging, waren sie für einseitige Abrüstung - auf Seiten der SU versteht sich - und kämpften tapfer für Umweltschutz. Heute gilt ihr Einsatz dem Menschenrechtskrieg.

Wer ebenfalls nichts zu begreifen scheint, das sind die LINKEN, die mit diesen GRÜNEN ein Bündnis anstreben. Wer daher auch nichts begreifen kann, das sind alle Vertreter einer noch immer dafür gehaltenen, nur dem Scheine nach altehrwürdigen "Friedensbewegung". Ihre Vertreter haben sich - wie am Wochenende Monty Schädel, von der DFG-VK in der Tageszeitung 'Junge Welt' - aufgemacht, tapfer dafür

einzutreten, dass alles, was sich außerhalb ihrer geschlossenen Reihen gegen den um sich greifenden Kriegswahn stellt, niedergewalzt wird. So gilt der kämpferische Einsatz dieser "alten Friedensbewegung" all jenen, die sich - ungeachtet weltanschaulicher Differenzen und ungeachtet möglicher Inkonsequenzen - gegen die fatale Kriegshetze und gegen die Verunglimpfung Russlands wehren. Die "alte" immer wieder herauf beschworene "Friedensbewegung" ist schon sehr lange keine mehr, da sie weder für den Frieden engagiert ist, noch heute irgend etwas zu bewegen vermag.

Sie hat schon lange in den Kernfragen versagt. Sie hat keine klare Kante gezeigt gegen das deutsche kriegerische Engagement in Afghanistan. Sie hat keine klare Anti-Kriegsposition. Zum anhaltenden Trommelfeuer gegen den Iran bezieht sie nicht Stellung, nicht zu Libyen, nicht zum faschistischen Putsch in Kiew und nicht zu dessen kriegerischen Folgen für die Menschen in der Ostukraine. Sie zeigt nach wie vor keine Linie gegen die Russlandhetze und die unerträgliche Putin-Verunglimpfung. Sie hat nicht Stellung bezogen gegen Frau Merkels Absage für die Feierlichkeiten in Moskau zur 70jährigen Siegesfeier angesichts der opferreichen Überwindung der NAZI-Aggression am 9. Mai in Moskau. Diese Pseudo-Friedensbewegung mobilisiert auch nicht für die Einhaltung des Minsker Abkommens, dem Anti-Kriegs-Gebot der Stunde.

Dabei ist nach allen diesen Jahren und trotz dem Verschwinden der UdSSR wieder einmal Russland, als Hauptverbündeter Syriens, dem Imperium besonders im Weg. Russland muss in der Ukraine büßen, dank seiner antifaschistischen und sozialistischen Geschichte und wegen seines klugen Deals zur Beseitigung der syrischen Chemiewaffen. Es hat sich unerwünschter Weise dem großen Waffengang der NATO-Brüder in den Weg gestellt.

Die Welt-Beherrschungspläne des Imperiums sind aber nicht im Visier der olivgrünen-linken-friedensbewegten Szene. Wahnwitziger Weise sind es vielmehr "die Verbrechen Assads"!

Die angebliche nationalistische Färbung von Menschen, die, aus allen Lagern kommend, sich gegen einen neuerlich drohenden großen Krieg mit Russland stellen, sind Zielscheibe "friedensbewegter" Angriffe. Als sei es ein Verbrechen, "nationale" Belange zu vertreten, werden Menschen an den Pranger gestellt, die die Sorge umtreibt, Deutschland könnte es nach einem neuerlichen Schlagabtausch mit Russland nicht mehr geben. Die sträfliche Ignoranz der olivgrün-linken "Friedensverfechter" gegenüber der nationalen Frage ist es schließlich, die besorgte Menschen am Ende rechten Rattenfängern in die Arme treibt.

Wer aber, wie weiland Joschka Fischer einst als Grüner Außenminister, dafür plädiert, Bomben abzuwerfen, um ein neues "Auschwitz" zu verhindern, der missbraucht

die Menschenrechtsfrage für kriegerische Zwecke und pervertiert so das Anliegen der Antifaschisten. Er verhöhnt ihre Opfer. So geschehen 1999, als es gegen die Republik Jugoslawien ging und ein gutes Land niedergemacht wurde. So geschehen, als Grüne sich in ihrer Kriegshetze gegen Libyen hervortaten und dem Verhängnis zu weiterer Verheerung Tür und Tor öffneten. So geschehen, als 2013 die LINKE Rosa-Luxemburg-Stiftung "syrische Menschenrechtler", Vertreter, einer angeblich moderaten, friedlichen Opposition, die "Freunde Syriens", also die Feinde Assads und des syrischen Volkes, bei sich zu Tisch lud.

Und so geschieht es weiter Tag für Tag, wenn selbsternannte Sprecher einer längst toten "Friedensbewegung" sich fleißig in Äquidistanz üben und nach beiden Seiten hin ausschlagen.

Opfer der fortgesetzten Aggressions- und Kriegspolitik und die Aggressoren und Profiteure werden in unverantwortlicher Manier gleichgesetzt.

Ausgerechnet Russland wird aufgefordert, sich an das Minsker Abkommen zu halten, sofern es den falschen Friedensfreunden das Abkommen als solches überhaupt in seiner Bedeutung bekannt und der Erwähnung wert scheint. Es wird dabei vollkommen ignoriert, dass es ja Russland war, dem dieses Abkommen überhaupt zu verdanken ist, dass es ohne Russland schon 2013 den großen Krieg gegen Syrien mit allen Folgen für die Welt gegeben hätte.

Jene Nationen, die sich gegen militärische Übergriffe, gegen terroristische Übergriffe am tapfersten wehren, verdienen dagegen unser aller Solidarität. Schließlich erkämpfen diese Nationen für die gesamte Menschheit und deshalb auch für uns das Menschenrecht auf ein Leben in Freiheit, jenseits imperialer Bevormundung. Syrien und seine Führung, der Iran und seine Führung, Russland, China, Lateinamerika, all diese Staaten sind in einem Abwehrkampf für ihr nationales Überleben engagiert. Sie wehren sich gegen imperialistische Anmaßung. Sie stellen sich gegen die noch Mächtigen dieser Erde. Ihre zahllosen Opfer werden auch für uns erbracht. Es ist also in unserem Überlebensinteresse, es ihnen gleichzutun. Dazu müssen wir uns auch von den falschen Führungspersönlichkeiten trennen. Wir müssen uns trauen, jene, die Führungspositionen besetzen und besetzt halten, zur Rechenschaft zu ziehen.

Es darf nicht unwidersprochen bleiben, wenn Frau Lochbihler als EU-Abgeordnete fordert, Syrien ein wenig zu bombardieren! Als ob dies im Übrigen unter dem Vorwand der IS-Bekämpfung nicht bereits geschähe. Es darf eine solche Anmaßung einer im Wohlstand lebenden Frau nicht unwidersprochen bleiben. Ähnliches gilt, wenn ein Herr Schädel in der Jungen Welt behauptet, "Die Nationalisten seien für die Kriege verantwortlich" und er engagierte Medienleute wie etwa Ken Jebsen diffamiert und angreift.

Wir müssen stattdessen die wahren Verantwortlichen für die Kriege dieser Welt beim Namen nennen. Nach wie vor und allen anderen voran ist hauptverantwortlich die 'Lead Nation' der sogenannten freien Welt, die USA. Im devoten Verein mit ihr agieren die NATO-Untergebenen. Die darin führenden Kräfte sind die Imperialisten dieser Erde, die Waffenindustrie und mit ihnen im Bunde die Konzerne des Energie-Sektors und die tonangebenden Banken. Es sind also nach wie vor jene Kräfte, die im vorigen Jahrhundert zwei Weltbrände verursacht haben. Niemals können Brandstifter und Feuerwehr gleichzeitig für Brände verantwortlich gemacht werden. Es sei denn, die Feuerwehr handelte im Auftrag der Brandstifter und würde von diesen bezahlt. Auch solches hat es in der Geschichte immer wieder gegeben. Unverzichtbar bleibt aber, die Verantwortlichen zu erkennen, zu benennen und sie sie öffentlich zur Rechenschaft zu ziehen:

Es bleiben daher auch die alten Parolen von brennender Aktualität.

Es lebe die internationale anti-imperialistische Solidarität!

Es leben die tapferen, für ihre nationale Souveränität kämpfenden Länder und ihre Nationen!

Es lebe insbesondere die syrische Nation und ihr Präsident Assad!

Es leben die Völker der Ost-Ukraine, die Ihr Leben verteidigen!

Es lebe die russische Nation und seine besonnene Führungsmannschaft!

Vertiefen wir die Stimmung in unserem Lande und arbeiten weiter gegen die kriegsfördernde mediale Verleumdung Russlands und seines Präsidenten Putin.

Irene Eckert

Venezuela

Cihad Rehbehn: Verteidigen wir Venezuela!

Seitdem in Venezuela, das über eine der größten Ölreserven in der Welt verfügt, während der Präsidentschaft von Hugo Chávez (1999–2013) die Bolivarische Revolution begann, die sich den Aufbau des »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« zum Ziel setzt und heute durch den Präsidenten Nicolás Maduro fortgeführt wird, gab es keine Zeit, zu der die Opposition – unterstützt und, zu guten Teilen, gelenkt durch die Vereinig-

ten Staaten – nicht versucht hätte, den revolutionären Prozess zum Scheitern zu bringen.

Es ist eine Geschichte, die sich in Lateinamerika viele Male wiederholt hat – so oft, dass Chávez einmal die Frage, warum denn in den Vereinigten Staaten niemals ein Putsch stattgefunden habe, wie folgt beantwortete: »Weil es in Washington keine US-Botschaft gibt« ⁷(1).

Der jüngste Putschversuch

Im Januar, informierte das Nachrichtenportal »Amerika 21«, »hatte... ein Bericht des US-amerikanischen Analyseunternehmens Stratfor [für Unruhe] gesorgt, der vor dem 'Risiko eines Staatsstreichs in Venezuela' warnte. Demnach gebe es innerhalb der Streitkräfte des Landes... eine große Unzufriedenheit mit Präsident Maduro« (2).

Schließlich gab Präsident Maduro am 12. Februar die Festnahme von knapp einem Dutzend Luftwaffenoffizieren bekannt, die an einer Verschwörung zum Putsch gegen die demokratisch gewählte Regierung und zur Einsetzung einer »Übergangsregierung« an deren Stelle teilgenommen hatten.

»Laut Maduro hätten die Offiziere einen Angriff auf das Regierungsgebäude geplant. (...) Auch regierungnahe Medien wie der lateinamerikanische Fernsehsender Telesur seien als Ziele vorgesehen gewesen. Anschließend sollte ein hochrangiger Militärangehöriger, Brigadegeneral Oswaldo Hernández Sánchez, in einem Video verkünden, die Streitkräfte hätten sich gegen Präsident Maduro erhoben. Dieses sollte über internationale Nachrichtenagenturen wie Reuters und AP schnelle Verbreitung finden. Hernández Sánchez war bereits vergangenes Jahr wegen Verstrickungen in angebliche Putschpläne vorübergehend in Haft genommen worden.

Nach Angaben von Maduro verfügten die überführten Militärs über Finanzierungsquellen in Miami (USA). Einem der Beteiligten sei von der US-Botschaft in Caracas zudem ein Visum für die Vereinigten Staaten ausgestellt worden, für den Fall, dass der Umsturzversuch scheitern sollte.

Aufgedeckt wurde der Plan durch Informationen, die junge Offiziere an den staatlichen Aufklärungsdienst weitergegeben haben. (...) Am gleichen Tag präsentierte Parlamentspräsident Diosdado Cabello in seiner wöchentlichen TV-Sendung Bildmaterial von Hausdurchsuchungen im Zusammenhang mit der Verschwörung. Dabei wurden Computer mit belastendem Material, Mobiltelefone, Militäruniformen, Pistolen und Munition sichergestellt.« (3)

⁷ Die Quellenangaben findet Ihr am Ende des Artikels. (Red. offen-siv)

Es ist bezeichnend, dass der Appell dreier Oppositionsführer (María Corina Machado, Leopoldo López und Antonio Ledezma), die bereits bei dem kurzlebigen Staatsstreich gegen Chávez im April 2002 eine Rolle gespielt hatten, für ein »nationales Übergangsabkommen« mit dem Putschkomplott zusammenfiel (4).

Venezuela auf US-Sanktionsliste

Nach der Vereitelung des geplanten Militärputsches versuchen die USA mit anderen Mitteln, die fortschrittliche und antiimperialistische Regierung Venezuelas in die Knie zu zwingen. Am 9. März setzten sie Venezuela auf die Sanktionsliste. Ferner erklärte Präsident Obama das Land zu einer »außergewöhnlichen Bedrohung für die nationale Sicherheit und die Außenpolitik der Vereinigten Staaten«.

Die Gedanke, dass Venezuela eine »Gefahr für die nationale Sicherheit der USA« darstelle, ist gelinde gesagt lachhaft. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. »Militärputsche sind die übliche Terrormethode der USA, um ihre Weltherrschaftspläne durchzusetzen. In 40 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg zettelten die USA mehr als 100 Militärputsche an. (...) Das Problem besteht darin, dass das Ziel einzig und allein darin besteht, die Herrschaft der USA über bestimmte Regionen zu erhalten und ihre Interessen zu wahren. (...) Auch der Balkankrieg wurde unter dem Vorwand der 'Sicherheit der Region' geführt...«, so der südkoreanische Historiker Kim Chol Myong in seiner Schrift »Die USA – ein Königreich des Terrorismus« (5).

Kuba: Trotz Tauwetters mit den USA an der Seite Venezuelas

Die kubanische Regierung, die sich – nachdem Obama am 17. Dezember die Blockadepolitik für gescheitert erklärt hatte – derzeit auf eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit den USA vorbereitet, veröffentlichte zu den US-Sanktionen gegen Venezuela eine Erklärung, in der es unmissverständlich hieß: »Wie kann Venezuela die Vereinigten Staaten bedrohen? Tausende von Kilometern entfernt, ohne strategische Waffen, ohne dass es Ressourcen oder Beamte einsetzt, um sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Vereinigten Staaten zu verschwören, klingt diese Erklärung wenig glaubhaft und enthüllt die wahren Absichten derer, die sie verfasst haben. Eine solche Ankündigung in einem Jahr, in dem in Venezuela Parlamentswahlen stattfinden, macht einmal mehr den Charakter der Einmischung deutlich, der die Außenpolitik der Vereinigten Staaten bestimmt. (...) So, wie Kuba nie allein war, wird es auch Venezuela niemals sein« (6).

Weg mit den Sanktionen! Schluss mit der Einmischung!

In einem offenen Brief an das Volk der USA, den die »New York Times« am 17. März abdruckte, stellte Nicolás Maduro klar: »Wir sind ein friedliebendes Volk. In

zwei Jahrhunderten Unabhängigkeit haben wir nie eine andere Nation angegriffen. (...) Wir fordern:

1. Dass die feindlichen Aktionen der US-Regierung gegen das Volk und die Demokratie in Venezuela aufhören.
2. Dass das Präsidialdekret aufgehoben wird, das Venezuela zur Gefahr erklärt. So wie es die Unasur ersucht hat.
3. Dass die beleidigenden und verleumderischen Sanktionen gegen ehrenhafte venezolanische Regierungsvertreter aufgehoben werden, die ausschließlich unsere Verfassung und unsere Gesetze befolgt haben« (7).

USA, Hände weg von Venezuela!

Feste Solidarität mit dem Volk des Comandante Chávez!

Cihad Rebehn

Quellenangaben:

- (1) »junge Welt«, 29. Dezember 2014, S. 7; »Workers World«, 26. Februar 2015 (<http://workers.org/pdf/2015/08ww26feb2015.pdf>), S. 9 (engl.)
- (2) <https://amerika21.de/2015/01/110646/aufrufe-proteste-venezuela>
- (3) <https://amerika21.de/2015/02/112246/venezuela-putschversuch>
- (4) http://www.handsoffvenezuela.org/venezuela_coup_february_2015.htm (engl.)
- (5) http://dprk.bplaced.de/Documents/USA_K%F6nigreich_des_Terrorismus.pdf
- (6) <http://de.granma.cu/cuba/2015-03-10/erklarung-der-revolutionaren-regierung-der-republik-kuba>
- (7) <https://amerika21.de/dokument/115026/brief-das-volk-der-usa>

Beiträge zur Geschichte des Sozialismus

Gerhard Feldbauer: Ho Chi Minh zum 125. Geburtstag

Ich hatte, zusammen mit meiner Frau Irene⁸, das große Glück, Ho Chi Minh über drei Jahre lang in Vietnam auf zahlreichen Veranstaltungen zu erleben, aber auch mehrmals persönlich mit ihm zusammenzutreffen. Wenn er uns die Hand drückte, uns freundschaftlich umarmte, sich nach unserem Befinden erkundigte, spürten wir in einer unvergesslichen Weise die kaum wiederzugebende Ausstrahlung dieser faszinierenden Persönlichkeit, an der nichts von Personenkult zu bemerken war. Er war aber auch anwesend bei den Begegnungen, die wir mit den Menschen Vietnams hatten, bei den vielen Gesprächen, er war einfach dabei und er lebte, auch nach seinem Tod, im Kampf seines Volkes fort.

Der Onkel

Die Vietnamesen nannten ihn verehrungsvoll Onkel Ho. Keinem seiner Nachfolger wurde diese vertrauliche Anrede zuteil. Darin lag sicher keine Geringschätzung, eher eine Herausstellung der einmaligen Persönlichkeit dieses legendären Führers. Seine sprichwörtliche Bescheidenheit, seine Anspruchslosigkeit, die seine Gegner gern als gekünstelt, als einstudiert, als politisches Kalkül darstellten, entsprachen seiner Verbundenheit mit den Menschen aus dem Volk. Er wollte nicht besser leben als sie, es hätte ihn unglücklich gemacht, soll er einmal gesagt haben. Schon das ein wunderbares Vermächtnis, das er hinterlassen hat.

Damit hat er ein ausschlaggebendes persönliches Beispiel für den Masseneroismus seines Volkes gegeben. Sein Testament, das er vier Monate vor seinem Tod, im Mai 1969, verfasste, ist durchdrungen von der Liebe zu seinem Volk und der unerschütterlichen Gewissheit, dass es bis zum Sieg kämpfen werde.⁹ Man möchte fast sagen, dass seine herausragende Führerpersönlichkeit erst nach seinem Tod sichtbar wurde. Denn als er während des erbitterten Befreiungskrieges gegen die USA-Aggressoren und das südvietnamesische Marionettenregime im September 1969 starb, hinterließ er nicht, worauf seine Feinde spekuliert hatten, ein Vakuum, sondern eine kampfgestählte Partei mit einem starken Führungskollektiv, und ein von seinem Unabhängigkeitswillen beseeltes Volk, die sein Werk fortsetzten.

⁸ Irene (Fotoreporterin) und ich arbeiteten von 1967-70 als Auslandskorrespondenten für die Nachrichtenagentur der DDR *ADN* und das *Neue Deutschland* in Nordvietnam, Laos und Kambodscha.

⁹ Leo Figueres: *Ho chi Minh, Notre Camarade*, Paris 1970, S. 263 ff.

Während in der Öffentlichkeit in Hanoi nicht bekannt geworden war, dass der Gesundheitszustand des Präsidenten sich verschlechterte, war das seinen Feinden offensichtlich nicht verborgen geblieben. Denn als wir im Frühjahr 1969 in Vientiane, der Hauptstadt des damals von den USA beherrschten Teils von Laos, Gespräche mit französischen und amerikanischen Journalisten und Diplomaten hatten, konzentrierten sich vor allem bei letzteren die versteckten Fragen immer wieder auf dieses Thema. Washington erwartete, dass der Tod Ho Chi Minhs die Widerstandskraft Vietnams lähmen würde. Nichts dergleichen geschah. Seine Nachfolger verfügten zwar nicht über seine menschliche Ausstrahlung, aber sie setzten sein Werk fort, ohne in innerparteiliche Machtkämpfe zu verfallen.

Der unbestrittene Führer

Nach der Niederlage des Sozialismus in Europa ist es dem Zeitgeist entsprechend Mode geworden, die Rolle einer führenden Partei beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft zu negieren, sie einfach auszuklammern, nicht zu erwähnen, wenn sie nicht überhaupt diffamiert und verleumdet wird. Gerade die Beschäftigung mit Ho Chi Minh vermittelt indessen in besonderem Maße Erkenntnisse, Lehren und Erfahrungen über sein jahrzehntelanges Wirken an der Spitze der Kommunistischen Partei und dann der DRV.¹⁰ Zwangsläufig zwingt das zum Nachdenken über die Bedeutung von wirklichen Führerpersönlichkeiten.

Ho Chi Minh, auf Vietnamesisch „der weise Gewordene“, ist das bekannteste von mehreren seiner Pseudonyme. Er führte es seit den dreißiger Jahren und behielt es bis zu seinem Lebensende. Er wurde am 19. Mai 1890 in Kim Lien in der Provinz Nghe Anh in Zentralvietnam geboren. Der Vater war Büffelhirt und Knecht bei einem Bauern, ehe er dessen Tochter heiratete. Ab 1913 bis 1919 arbeitete er als Schiffskoch, Matrose und Transportarbeiter auf französischen und britischen Schiffen, lebte einige Zeit in Großbritannien und hielt sich mehrfach in den USA auf, wo er sich auch als Tellerwäscher durchschlug. Danach siedelte er nach Frankreich über, wo sein Weg zum Kommunisten beginnt.

Der Leninist

In Frankreich waren vietnamesische Emigranten, zumeist Intellektuelle und Matrosen, bereits vor dem Ersten Weltkrieg mit dem Klassenkampf des Proletariats und seinen Zielen und dabei mit den Lehren des Sozialismus in Berührung gekommen. Ihre Zahl

¹⁰ Bei der Proklamation der Unabhängig am 2. September 1945 angenommene Staatsbezeichnung. Nach dem Sieg über die USA-Aggression, der Befreiung Südvietnams und der damit wieder hergestellten staatlichen Einheit beschloss die Nationalversammlung im Juli 1976 die Staatsbezeichnung Sozialistische Republik Vietnam.

stieg sprunghaft an, als während des Krieges fast 100.000 Vietnamesen für den Dienst in der französischen Armee oder für die Arbeit in der Rüstungsindustrie rekrutiert und nach Frankreich verbracht wurden. Viele von ihnen traten in die Gewerkschaften, linke Jugend- und Studentenorganisationen ein, nicht wenige auch in die sozialistische und später in die kommunistische Partei. Keiner von ihnen wusste wohl zu dieser Zeit etwas von Lenins Schriften über den Opportunismus und seine verheerenden Auswirkungen in den sozialistischen Parteien. Aber sie erkannten, dass deren Führungen, aber auch ein Teil der Mitglieder, die Politik ihrer Regierungen der Ausbeutung und Unterdrückung der Kolonialvölker billigten bzw. sie auch unterstützten. Vom Marxismus wussten die vietnamesischen Emigranten meist wenig. Diejenigen, die sich nach und nach zum Marxismus-Leninismus und zur Kommunistischen Internationale bekannten, gingen diesen Weg unter dem Einfluss der Oktoberrevolution und der Haltung Lenins zur kolonialen Frage.

Ho selbst hat dazu 1960 in der Juli-Ausgabe des Pariser *Echo du Vietnam* unter dem Titel „Der Weg, der mich zum Leninismus führte“ geschrieben, dass er die Frage, welche Internationale den Kampf der unterdrückten Völker unterstütze, in einer Versammlung der Sozialisten stellte. „Einige Genossen antworteten: Die Dritte Internationale und nicht die Zweite! Ein Genosse gab mir die Thesen Lenins über das Problem der Nationalitäten und der Kolonialvölker zu lesen, welche die ‚Humanité‘ veröffentlicht hatte. In diesem Buch gab es politische Ausdrücke, die ich nur schwer verstand. Indem ich sie aber las und immer wieder las, begriff ich schließlich den Sinn. Lenins Gedanken bewegten mich stark, und ich war begeistert. Ein großes Vertrauen half mir, die Probleme klar zu sehen“.

Mitbegründer der FKP

Ho Chi Minh wurde schon bald nach seiner Ankunft in Frankreich politisch aktiv. Er arbeitete für die *Humanité* und *La Vie ouvrière*, die Zeitung der CGT, für die er zahlreiche Beiträge zum antikolonialen Widerstand schrieb. Er lernte den Enkel von Karl Marx, Jean Longuet, kennen, in dessen Zeitung *Populaire* er ebenfalls publizierte. Bald gründete er eine eigene Zeitung, das Wochenblatt *Le Paria*, in dem er scharf die französische Kolonialpolitik attackierte. Die auch in Indochina verbreitete Zeitung widmete sich gleichzeitig der sozialistischen Bildungsarbeit. Aufsehen unter den vietnamesischen Emigranten erregte Ho, als er während der Versailler Friedenskonferenz den Teilnehmern ein Memorandum mit der Forderung übergab, den Völkern Indochinas die Unabhängigkeit zu gewähren.

Als Delegierter stimmte Ho chi Minh im Dezember 1920 auf dem Parteitag in Tours mit dem die Mehrheit stellenden linken Flügel für die Konstituierung der Französischen Kommunistischen Partei und für ihre Aufnahme in die III. Internationale. In den Jahren seiner Tätigkeit in der FKP war er einer der fähigsten und aktivsten Exper-

ten für Kolonialfragen und Sprecher ihrer Mitglieder aus den Kolonien. Im Juni/Juli 1924 sprach er auf dem V. Weltkongress der KI zur kolonialen Frage und forderte, die Volksmassen der kolonial unterdrückten Völker in den antiimperialistischen Kampf einzubeziehen. Während seiner Moskauer Zeit war er vielseitig tätig. Er studierte und lehrte gleichzeitig an der Universität der Völker des Ostens, arbeitete in der KI und der Bauerninternationale mit, wurde Mitglied der Asiensektion der KI und Leiter ihrer Südostasienabteilung.

Wegbereiter der Partei

Sein Hauptaugenmerk galt der Schaffung einer kommunistischen Partei in Vietnam. Während er sich 1925 in China aufhielt, bildete er in Kanton mit vietnamesischen Emigranten die Liga der Revolutionären Jugend Vietnams, die zum wichtigsten Vorläufer der Kommunistischen Partei wurde. Als Vertreter der Komintern delegierte er Mitglieder der Jugendliga zum Studium nach Moskau, darunter an die Militärakademie der Roten Armee, sowie an die militärische Lehranstalt Huang Pu bei Kanton, an der sowjetische Militärs Offiziere der Volksbefreiungsarmee als auch der Truppen Tschiang Kai-Tscheks ausbildeten.¹¹ Die Absolventen kämpften später in den Reihen der Roten Garden der vietnamesischen Sowjets. Andere Mitglieder gingen nach Vietnam, um dort bereits Basiszellen für die künftige Partei vorzubereiten. Wie schon in Moskau belegte Ho in Kanton auch selbst militärische Vorlesungen. Das befähigte ihn, später bei der Gründung der Volksarmee und im neuen antikolonialen Widerstand ab 1946, sachkundig mitzureden, was sich besonders in Dien Bien Phu zeigte.

In seiner Schrift „Der revolutionäre Weg“,¹² die 1926 erschien, skizzierte er in seiner für das Volk leicht verständlichen Sprache Grundfragen des nationalen Befreiungskampfes und die Notwendigkeit, dazu eine revolutionäre Partei zu bilden. Nach mühevoller Arbeit erreichte Ho am 3. Februar 1930, dass in Hongkong Vertreter der drei kommunistischen Organisationen Vietnams bzw. Indochinas die Vereinigung zu einer einheitlichen KP beschlossen. Da alle Organisationen mehrheitlich aus Vietnamesen bestanden, nahm die Organisation zunächst den Namen Kommunistische Partei Vietnams (KPV) an. Das Zentralkomitee nahm seinen illegalen Sitz in Haiphong. In ihrem Programm definierte die Partei den nationalen Befreiungskampf zur Beseitigung des Kolonialregimes als seinem Charakter nach bürgerlich-demokratische Revolution, die dann aber immer spezifische vietnamesische Züge aufwies. Das EKKI nahm auf seiner Tagung im März/April 1931 die Partei in die KI auf.

¹¹ Die Lehranstalt wurde von der KP Chinas und der Guo Min Dang während der Periode der Einheitsfront gemeinsam unterhalten.

¹² Veröffentlicht in Nhan Dan, 3. Januar 1970.

Um ihre Zuständigkeit für den nationalen Befreiungskampf in der ganzen Kolonie Indochina zu betonen, nannte sich die KPV ab Oktober 1930 Kommunistische Partei Indochinas (KPI). Zugleich wurde der Sitz des Zentralkomitees nach Saigon verlegt. Als im Herbst 1930 in Zentralvietnam spontan ein Bauernaufstand ausbrach, stellte sich die junge Partei an seine Spitze.¹³

Einheitsfronterfahrungen für den VII. Weltkongress

In die Beratungen des VII. Weltkongresses der Komintern 1935 in Moskau brachte die KPI erste Erfahrungen über eine antiimperialistische Einheitsfront ein - zu dieser Zeit ein seltenes Beispiel in den nationalen Bewegungen der Kolonien. Noch während des Bauernaufstandes in Zentralvietnam und den Kämpfen um die Sowjets hatte die Partei sich auf ihrem Plenum im Oktober 1930 mit dieser Frage befasst und ein Statut für eine »Indochinesische Antiimperialistische Einheitsfront« erarbeitet. Wenn es in der Massenbewegung von 1930/31 auch über Ansätze nicht hinausging, waren die Erfahrungen der KPI auch unter internationalen Aspekten von Bedeutung und trugen in Vietnam selbst 1941 zur Formierung der „Viet Nam Doc Lap Dong Minh“, der Liga für die Unabhängigkeit Vietnams (Viet Minh) bei.

Nach der Teilnahme am VII. Weltkongress kehrte Ho 1938 nach China und dann nach Vietnam zurück. 1941 leitete er die Gründung der Viet Minh. Das Guomindang-Regime unter Tschiang Kai-Tschek verhaftete Ho Ende 1941, als er wieder in China weilte. Ende 1943 gelang ihm die Flucht und er kehrte nach Vietnam zurück, wo unter seiner Leitung der bewaffnete Befreiungskampf vorbereitet wurde, der zum Sieg der Augustrevolution 1945 führte. Am 2. September rief er die Demokratische Republik Vietnam aus. Die neuen Kampfbedingungen führten zum Entstehen eigener Befreiungsorganisationen bzw. Parteien in Laos und Kambodscha. Davon ausgehend konstituierte sich am 19. Februar 1951 auf dem II. Parteitag die KPI als Partei der Werktätigen Vietnams (PWV), zu deren Vorsitzenden der Kongress Ho Chi Minh wählte.

Die Mehrheit im Kampf gewinnen

Die vietnamesische KP bewies seit ihrer Gründung, dass man die Mehrheit des Volkes in der revolutionären Aktion gewinnt und dass diese nicht erst begonnen werden kann – was auch heute noch eine weit verbreitete Illusion ist – wenn die Hauptmasse zum Kampf bereit ist. Ho Chi Minhs erster Zirkel, den er zur Vorbereitung der Parteigründung bildete, zählte 1925 20 Genossen. 1930, im Jahr ihrer Formierung, waren es

¹³ Der Bauernaufstand, in dessen Verlauf Arbeiter und Bauern unter Führung der KPI Sowjets bildeten, wurde, wie Ho chi Minh einschätzte, zum Vorspiel der siegreichen Augustrevolution 1945.

dann 1.828. Obwohl im gesamtnationalen Rahmen entscheidende objektive als auch subjektive Voraussetzungen fehlten, um die Erhebung zum Sieg zu führen, stellte sich die junge Partei im Sommer 1930 an die Spitze des spontan ausgebrochenen Bauernaufstandes und der Sowjetbewegung in Zentralvietnam. Ho Chi Minh orientierte sich an der Marx'schen Haltung zur Pariser Kommune, nach der ein Verzicht auf den Kampf, „eine Kapitulation ohne Kampf“ das Proletariat, und in diesem Fall seine engsten Verbündeten, die Bauern, „demoralisiert und (ihre) Kampffähigkeit untergraben“ hätte.¹⁴

Vater der nationalen Minderheiten

Herausragendes leistete Ho Chi Minh bei der Integrierung der nationalen Minderheiten in die vietnamesische Gesellschaft. In Vietnam leben mehr als 60 Minderheiten, die 13 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Während die Kinh, die nationale Mehrheit, meist in den Ebenen, vor allem im Delta des Roten Flusses und des Mekong leben, bevölkern die Minderheiten die zwei Drittel des Landes bedeckenden Bergregionen. Der Viet Minh war es gelungen, viele Angehörige der Bergvölker für ihren Kampf zu gewinnen. Ho Chi Minh bewies, dass es sich dabei um kein Zweckbündnis gehandelt hatte, sondern ihm und seiner Partei die Völkerfreundschaft auf nationaler Ebene eine Herzensangelegenheit war. Wie kein Zweiter hat er hier die Leninschen Gedanken von der nationalen Frage verwirklicht und gezeigt, dass es ihm immer um die Einheit von Wort und Tat ging. Bei der Regierung der DRV schuf er ein Komitee der nationalen Minderheiten, das durch seinen Vorsitzenden im Ministerrang im Kabinett vertreten war. Auf persönliche Initiative Ho Chi Minhs erließ die Nationalversammlung ein Statut, auf dessen Grundlage nach 1954 in Nordvietnam 15 autonome Zonen der Minderheiten geschaffen wurden, die über eigene Bildungseinrichtungen verfügten. Ein Stammesführer wurde General und Mitglied des Politbüros, zahlreiche weitere Angehörige der Minderheiten hatte hohe Funktionen im Staatsapparat und in der Volksarmee inne. Ihre Angehörigen konnten an allen Schulen und Universitäten studieren.

Revolutionäre Geduld

Zu den herausragenden Fähigkeiten Ho's gehörte revolutionäre Geduld, die Kräfteverhältnisse real einzuschätzen, darunter auch die internationalen Faktoren. In den Auseinandersetzungen mit Frankreich nach der Gründung der DRV ging er bis an die Grenze der Kompromissbereitschaft und war sogar bereit, den unabhängigen vietnamesischen Staat in der Französischen Union zu belassen. Als die USA die Genfer Indochina-Abkommen von 1954 wie einen Fetzen Papier zerrissen, Südvietnam okkupierten und zur Liquidierung des Sozialismus im Norden ansetzten, wollte eine

¹⁴ Lenin, Werke, Bd. 21, S. 67 f.

starke Strömung in der Partei den bewaffneten Kampf im Süden sofort wieder aufnehmen. Ho mahnte zu Geduld und zum Abwarten.

Es würde jedoch nicht der Persönlichkeit Ho's entsprechen, ihn als einen Mann ohne Fehl und Tadel darzustellen, den Weg der Partei unter seiner Führung als stets gradlinig, ohne Abweichungen oder Probleme. Während der Bodenreform, die 1953 eingeleitet und nach dem Sieg in Dien Bien Phu im Norden realisiert wurde, gab es Überstimmungen. Landeigentümer, die nach den Landesverhältnissen Großbauern waren, wurden wie Großgrundbesitzer enteignet. Ho korrigierte diese linken Abweichungen. Er setzte Funktionäre, die nicht seinen ehernen moralischen Vorstellungen entsprachen, ab, aber sie verschwanden nicht in der Versenkung, konnten sich bewähren und neue Aufgaben übernehmen. Parteisäuberungen, denen unschuldige Genossen zum Opfer fielen, gab es nicht.

Vorbehalte gegenüber Chruschtschow

Die Entwicklung, die unter Chruschtschow nach dem XX. Parteitag in der KPdSU einsetzte und ein Faktor wurde, der zu neuen Konflikten mit der KPCh führte, hat die vietnamesische Partei mit großen Vorbehalten und mit Sorge verfolgt. Frühzeitig spürte die Partei Auswirkungen der sich später offen zeigenden Tendenzen der „Rangerhöhung der Politik der friedlichen Koexistenz“ und der Aushöhlung „dieser Politik als Form des Klassenkampfes“ auf ihren eigenen Kampf. Während unserer Arbeit in Hanoi bemerkten wir in Gesprächen mit sowjetischen Diplomaten und Journalisten, dass die sowjetische Seite eine Befreiung des Südens im bewaffneten Kampf lange Zeit kaum für möglich hielt und Hanoi zur Zurückhaltung bzw. auch zur Hinnahme des status quo zu bewegen suchte. Ein Umdenken setzte erst nach der Tet-Offensive 1968 ein. Dabei spielte auch eine Rolle, dass sowjetische Militärs erkannten, dass sie in Vietnam mehr als anderswo in der Dritten Welt ihre Waffen unter härtesten Kriegsbedingungen in den Händen kampfschlüssiger Soldaten erproben konnten. Als der Sieg in Saigon errungen wurde, war das auch ein mit sowjetischen Waffen erkämpfter Sieg.

Trotzdem stand die DRV in allen grundsätzlichen Fragen stets hinter der UdSSR. Das wurde besonders offensichtlich, als sie sich mit dem Einmarsch der Warschauer Vertragsstaaten im August 1968 in die CSSR solidarisierte, der unter dem Kurs der Kulturrevolution von Peking scharf verurteilt wurde. Die Distanz zu Peking wurde größer, als Anfang der 1970er Jahre die verständliche Normalisierung der Beziehungen der Volksrepublik mit den USA unter antisowjetischen Akzenten erfolgte. Zehn Jahre nach Ho Chi Minhs Tod erlebte Vietnam dann den Einfall chinesischer Truppen in seine Nordprovinzen, um Hanoi dafür „zu bestrafen“, dass es Kambodscha von der Herrschaft des blutigen Pol Pot-Regimes befreit hatte.

Gerhard Feldbauer

Gerhard Schiller: Das Ende der DDR, Wiedervereinigung oder Konterrevolution?

Der Zeitgeist, der lt. Goethes Faust der Herren eigener Geist ist, trichtert über seine Propagandaindustrie den Menschen unermüdlich in die Hirne, dass die Ostdeutschen 1989 durch Demonstrationen eine friedliche Revolution durchgeführt hätten, in deren Ergebnis das gesplante Land wiedervereinigt werden konnte. Diese Sichtweise gilt es derart zu hinterfragen, ob nicht diejenigen, die das Land seinerzeit gesplante haben, nicht auch diejenigen sind, die es „wiedervereinigten“, denn das entsprach ihren wirtschaftlichen Interessen und Zielen, dadurch ist es in seiner Gesamtheit ja wieder kapitalistisch geworden. Demgegenüber stellen sie die „Wiedervereinigung“ als eine vom Volk ausgegangene und getragene hin, was einmalig gewesen wäre, denn nachweislich hat das deutsche Volk in Staatsfragen nie auch nur mitreden dürfen. Die staatliche Einheit hat in Deutschland die Tradition, dass sie jedes Mal von oben und nicht von unten bewerkstelligt wurde.

Eine Dokumentation zu diesem Thema muß davon ausgehen, dass sie, die Wiedervereinigung, eine Forderung war, die im Grundgesetz der BRD- wie der DDR- Verfassung verankert war. Wie diese Wiedervereinigung herbeigeführt werden sollte, war damit Grundlage der beiderseitigen, jeweiligen Politik.

Die BRD betrieb in der Adenauer Ära eine Politik der Stärke nach dem „roll-back“-Ruf aus Amerika. Für Adenauer war eine Wiedervereinigung nur durch „Befreiung“ der „Ostzone“, also mit Gewalt vorstellbar. Jahr für Jahr trommelte er diese seine Vorstellung von nur „einer Polizeiaktion“ in die Köpfe der Westdeutschen, lt. Rheinischer Merkur, 20.6.1952: „Es gibt nur ein Deutschland, das Deutsche Bundesrepublik heißt. Und was östlich von Elbe und Werra liegt, sind unerlöste Provinzen. Die Aufgabe heißt nicht Wiedervereinigung, sondern Befreiung des Verlorenen.“ Aber am 2.9.1961 mußte der Düsseldorfer Industriekurier resignierend feststellen: „Eine Wiedervereinigung mit Girlanden und wehenden Fahnen und siegreichem Einzug der Bundeswehr durchs Brandenburger Tor wird es in absehbarer Zeit nicht geben.“

Auch diesen Vorstellungen hat der Mauerbau der DDR einen Strich durch die Rechnung gemacht. Ebenso unvorstellbar erscheint heute die Adenauer Erklärung auf dem CDU Parteitag von 1950: „Ich wollte, die Bewohner der Ostzonen-Republik könnten einmal offen schildern, wie es bei ihnen aussieht. Unsere Leute würden hören, daß der Druck, den der Nationalsozialismus durch Gestapo, Konzentrationslager und Verurteilungen ausgeübt hat, mäßig war gegenüber dem, was jetzt in der Ostzone geschieht.“ Das waren die Töne der Kalten, auf Revanchismus ausgerichteten Krieger, die lt. Adenauer „das Regime der Ostzone niemals als zu Recht bestehend anerkennen“ können, deren sture Politik aber die BRD diplomatisch zu isolieren drohte.

Da sprangen wie immer die USA ein und meinten, es müsse eine neue Ostpolitik her. Das wäre auch in ihrem Interesse! Also gab es in der BRD eine Wahl mit dem Ergebnis, dass die SPD ans Ruder kam. Die hatte über Egon Bahr und Willy Brandt die neue Ostpolitik proklamiert, die natürlich nur eine Fortführung der alten Politik mit neuer Taktik darstellte, nun vermittelt Umarmung; scheinheiliger Umarmung mit dem Dolch im Gewande. Der damalige DDR Außenminister Otto Winzer bezeichnete sie als Konterrevolution auf Filzlatzchen.

Zur Untermauerung dessen, dass die Neue Ostpolitik keine Abkehr von der gegen die DDR gerichteten Politik der Stärke und damit inhaltsgleich war, sondern nur eine zeitgemäße Taktik, der Ratschlag des CDU Bundestagsabgeordneten Eduard Lintner 1989: „Es muß so viel Dampf im Kessel der DDR entstehen, dass es endlich einen Führungswechsel und Reformen gibt“. Und der Hamburger Stern äußerte in Ausgabe 26/1989 die Absicht, die „Machtmonster in der DDR, in Peking und Prag nicht mehr zur Ruhe kommen zu lassen. Viele Nadelstiche schaffen so viel Blutverlust wie ein gezielter Todesstoß.“

Die deutsche „Wiedervereinigung“ war möglich, weil auch in den anderen sozialistischen Ländern die Konterrevolution zuschlagen und letztlich siegen konnte. Der Imperialismus hatte durch Bündelung seiner politischen, ökonomischen, ideologischen und militärischen Potenzen in der NATO und durch die EU einen antisozialistischen Block geschaffen, dessen Aufgabe die Zerstörung des Sozialismus in Europa zwecks Restaurierung kapitalistischer Verhältnisse war.

Dabei bestand das Neue der Ostpolitik darin, nicht mehr frontal gegen alle Länder vorzugehen, sondern in das Zentrum der Staaten, die Sowjetunion, einzudringen und es zu unterhöhlen, weil von dort alle Detaileingriffe abgewendet wurden. Die Sowjetunion hatte bisher alle äußeren Gefährdungen abgewehrt, also musste von innen her angegriffen werden. Insbesondere die Umgestaltungen Perestroika und Glasnost gingen in andere Hände als erwartet über, diejenigen, die dem sozialistischen System skeptisch bis feindlich gegenüber standen, gewannen die Oberhand, solche, die im Laufe der Jahre, schon bei Chruschtschow beginnend, auf eine Lähmung bis Beseitigung des Sowjetsystems hingearbeitet hatten. In seinem Buch „Der Zusammenbruch der Sowjetmacht“ schreibt Luis Coravalan: „Man muß erkennen, dass die KPdSU die Hauptschuld am Zusammenbruch des Sozialismus in ihrem Land und in Europa trägt, denn letztlich löste sie sich vom Volk, hörte auf, eine wirklich kommunistische Partei zu sein, und verwandelte sich in einen Machtapparat, in ein bürokratisches Gebilde, das nichts von den Missständen bemerkte, die in der Gesellschaft und in ihren eigenen Reihen immer mehr um sich griffen, oder, wenn sie sie bemerkte, unfähig war, sie erfolgreich zu bekämpfen.“ Dem Druck von außen konnte nicht standgehalten werden, weil revisionistische Parteiführungen den Marxismus- Leninismus preisgaben.

Das zu sagen ist notwendig, weil die DDR fester Bestandteil des sozialistischen Staatensystems war und nur dank dieses Kollektivs existieren konnte. Mit seinem Wegfall, denn es war ein kollektiver Untergang, musste auch die DDR untergehen.

Die deutsche Besonderheit ist nur die Art und Weise, die hier zur Verwischung der Realität „Wiedervereinigung“ genannt wird. In den anderen betroffenen Ländern ist ohne Umschweife klar, dass es Konterrevolutionen gewesen sind, was auf die DDR auch zutrifft, nur eben umschrieben wird.

Im Zuge einer seit 1987 zwischen West und Ost (USA, BRD, UdSSR) zur Liquidierung der DDR und ihrem Anschluß an die BRD betriebenen Geheimdiplomatie wurde die „Wiedervereinigung“ betrieben.

Hat die DDR Führung nichts davon bemerkt? Erich Honecker führt in den „Mohabiter Notizen“ aus: „Wir erhielten schon 1987 gewisse Informationen aus Washington, aus dem Weißen Haus. Wir konnten und wollten solche Warnungen nicht glauben. Dies, obwohl unser Botschafter in Moskau auch 1987 feststellte, dass sowjetische Persönlichkeiten in Medien die Überwindung der deutschen Zweistaatlichkeit als Tagesaufgabe betrachteten. Dies konnte nach Lage der Dinge nur durch Liquidierung der DDR erreicht werden.“ Und?

Eingedenk der Kräfteverhältnisse muß man die Ereignisse des Herbstes 1989 in der DDR sehen. Das, was die Ostdeutschen – das waren Bürger der DDR – mit ihren Demonstrationen wollten, war aber keine Wiedervereinigung mit der kapitalistischen BRD, sondern eine Qualifizierung der DDR-Verhältnisse. Erste Demonstrationen erfolgten im Sommer 1989 angesichts der Ausreisen nach Ungarn unter der Losung „Wir bleiben hier“. Als die SED Führung darauf nicht reagierte, nahmen die Demos organisierten Charakter und die Losung „Wir sind das Volk“ an, um Aufmerksamkeit zu erregen. Der Slogan „Wir sind ein Volk“ tauchte erst auf, als sich politische Kräfte der BRD aktiv einmischten. Damit kündigte sich die Stimmungsänderung an. Bis November 1989 gab es, auch am Runden Tisch, dort sogar bis Januar 1990, breiten Konsens über den Erhalt der DDR.

Die Bürgerbewegung „Demokratie jetzt“ formuliert in ihrem Gründungsaufruf: „Der Sozialismus muß nun seine eigentliche, demokratische Gestalt finden, wenn er nicht geschichtlich verloren gehen soll. Er darf nicht verloren gehen, weil die bedrohte Menschheit auf der Suche nach überlebensfähigen Formen menschlichen Zusammenlebens Alternativen zur westlichen Konsumgesellschaft braucht, deren Wohlstand die übrige Welt bezahlen muß“. Rückblickend sagte Bärbel Bohley, Mitbegründerin des Neuen Forums und für dieses in der Volkskammer: „Wir wollten die DDR verändern. Die deutsche Einheit war nicht unser Problem. Ich glaube, daß alle Leute, die dabei waren, eine Demokratisierung des Sozialismus und nicht eine Umstülpung der Systeme“

me anstrebten. Es ging nicht darum, ein anderes System zu installieren, sondern wirklich dieses System zu ändern“. Sogar ein Eppelmann sagte, die Bürgerbewegung sei praktisch in die Einheit gezwungen worden durch Staaten wie die USA, die UdSSR, Ungarn, den Vatikan. „Wir sind nicht mit dem Ruf auf die Straße gegangen: Heim ins Reich“.

Man muß aber bei einer Dokumentation zur Wiedervereinigung auch erwähnen, dass es in der BRD ein „Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen“ gab, das am 24.3.1952 einen Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands gegründet hat, welcher alle Vorbereitung für die geplante Annexion der DDR zu treffen hatte und derartige Aktionen koordinieren sollte. Das Programm des Tages X war bereits festgelegt, nur der Zeitpunkt war noch offen. Der Spiegel in Nr. 28/1952 auf der Titelseite: „Der Generalstabsplan für die administrative Machtübernahme in der DDR ist so gut wie fertig. Es fehlt nur noch die Gelegenheit, ihn in die Praxis umzusetzen.“ Die so genannte „Wende“, die in der DDR zur Wiedervereinigung führte, war also weder ein Zufallsprodukt noch die Sache des Volkes, sondern Resultat einer lang angelegter Politik.

Die BRD wusste um das Neuartige der Lage in und um die DDR ab Mai 1989. In diesem Monat sprach der Leiter der Konsularabteilung der Budapester Botschaft der BRD bereits davon, daß im Juli und August in Ungarn „Flüchtlingslager“ eingerichtet werden müssen, aus denen dann eine Ausreise in den Westen erfolgen könne (ND 19.9.1989, S. 3). Für Fluchten nach Österreich war extra ein Notaufnahmeverfahren der BRD für DDR-Bürger beschlossen worden. Die Massenflucht von DDR-Bürgern nach Ungarn und darüber hinaus war also stabsmäßig organisiert.

Ende der 80er Jahre signalisierte die UdSSR die Bereitschaft zur Duldung der Annexion der DDR durch die BRD. Auch die Bereitschaft der ungarischen Regierung war hilfreich, dem Druck der BRD nachzugeben. Sie wurde erzwungen durch Androhung der Nichtgewährung von bereits zugesagten Krediten, also finanzielle Erpressung. Auf diese Zusammenhänge verweist die spätere freimütige Äußerung der BRD-Regierung, der zufolge „die Mauer von hinten unterspült wurde“. Das betraf auch die erfolgreiche Isolierung der DDR innerhalb des Warschauer Paktes sowie die gleichzeitige Entfaltung der DDR-internen Gegensätze. Des Weiteren verweist die spätere Äußerung von Kohl, daß „an der ungarischen Grenze der erste Stein aus der Mauer gebrochen wurde“, auf die Zusammenhänge. Das betraf die Öffnung der dortigen Grenze zu Österreich, dessen Regierung bereits damals die Rolle eines Kollaborateurs übernahm, insbes. mit der Aussetzung des Visumpflicht für DDR Bürger, um ihnen die Durchreise in die BRD zu erleichtern. Diese Stufe der Annexionspolitik der BRD wurde unterstützt durch die bis dahin in der Geschichte der BRD einmalige nahezu totale Gleichschaltung aller Medien zum Zwecke der Zurichtung der öffentlichen

Meinung unter dem populistischen Schlagwort der „Massenflucht aus der DDR“. Das blieb tatsächlich haften. Dabei wollten bestimmte BRD-Kräfte in die DDR! Und insofern war das, was in Wahrheit ablief, nämlich die international geduldete bzw. unterstützte Gewaltanwendung des UNO-Mitgliedes BRD gegen das UNO-Mitglied DDR für viele Einwohner der BRD nicht erkennbar.

Dem war vorausgegangen, dass Reagan 1981 mit der Botschaft ins Weiße Haus kam, es sei eine neue Ära angebrochen: Der Taktik der Eindämmung des Kommunismus folge nun die seiner Vernichtung. Der US-Diplomat Veron Walter, der bisher an den Brennpunkten des Weltgeschehens eingesetzt war, wurde 1988 zum Botschafter der USA in der BRD ernannt und kam schon in Verruf, als er bei seiner Verabschiedung sagte, die Einheit Deutschlands stehe nun unmittelbar bevor. Verons Hintergedanke war es, das pleite gegangene Ungarn, das deshalb politisch erpressbar war, zu ködern, und zwar mit dem Deal der Grenzöffnung für DDR Flüchtlinge nach Österreich. Ungarn ging darauf ein, so dass im Juni 1989 deren Ministerpräsident Nemeth in geheimer Mission auf einem US-Militärflugplatz in der BRD landete und Kohl wie Genscher mitteilte, die Grenzöffnung vornehmen zu wollen.

Darüber hat Nemeth später gesagt: „Ich werde nie Herrn Kohls Reaktion vergessen: 'Das deutsche Volk wird Ihnen die Entscheidung nicht vergessen'“. Offizielle Verhandlungen fanden dann im August 1989 zwecks Weichenstellung zwischen BRD und Ungarn auf Schloß Gymnich bei Bonn statt. Die BRD-Seite wünschte die Grenzöffnung am 11.9.1989, dem Tag, an dem der Parteitag der CDU begann. Dem Wunsch wurde entsprochen und auf dem Parteitag stehend applaudiert. Vor Ort in Ungarn war alles vorbereitet: Der Malteser-Orden der BRD hatte mit eigenen und fremden Helfern Auffanglager errichtet, auf Campingplätzen mit DDR Urlaubern wurden Flugblätter verteilt, man sollte doch sein Glück einmal in der BRD versuchen, 6000 BRD-Personalausweise lagen für die Eintragungen bereit, das Paneuropäische Picknick in Soprom wurde am 19.8.1989 veranstaltet, wo erstmals DDR-Urlauber die Grenze überschreiten konnten. Der Kaiserenkel Otto von Habsburg, ein eifriger Christdemokrat, initiierte mit seiner „Pan-Europa-Union“ dieses Picknick. Die Einladungen wurden vorher an die DDR-Urlauber in Ungarn verteilt. Sie enthielten auch die Wegskizze für den risikolosen Grenzübertritt. Lt. Fernsehen gingen die DDR Bürger mit leichtem Gepäck auf Wanderung in die Freiheit. Beim Festplatz konnte sich jeder ein Stück Stacheldraht aus dem überlebten Eisernen Vorhang schneiden. Man feierte bei Wein und Bier die Rückkehr Ungarns ins freie Mitteleuropa (also in den Kapitalismus). Kanzler Kohl bedankte sich in Budapest. Der ungarische Ministerpräsident Nemeth erhielt eine Kreditzusage und später das Bundesverdienstkreuz. Das Picknick hatte Signalwirkung: Es begannen die Botschaftsbesetzungen in Budapest, Prag und Warschau.

Die deutsche Wiedervereinigung war also nicht allein das Ziel des BRD-Imperialismus, sondern ein Ziel des Westens. Nicht die Demonstrationen waren der Motor, nein, sie waren das Vehikel, exakt nutzte die Gunst der Stunde das Kapital, die entglittene DDR wieder einzufangen. Als im Bundestag zum 9. Jahrestag der Einheit am 3.9.1998 die vereinfachte Darstellung des Hergangs zelebriert wurde, stand Kohl auf und warnte vor einer weiteren Geschichtsklitterung: „Ohne die Entwicklung in Moskau, als die sowjetische Wirtschaft unter dem Druck der Überrüstung zusammenzubrechen drohte, und Gorbatschow erkannte, dass er abrüsten müsse und dem Umstand, dass er in den US Präsidenten Reagan und Bush Gesprächspartner fand; ohne diese Voraussetzungen, das sage ich in aller Schärfe, hätten alle Demonstrationen in Leipzig, Chemnitz oder sonstwo nicht zum Erfolg geführt“.

So kommt Gorbatschow ins Spiel. Der hat nach seinem Einstieg 1985 öffentlich gemacht, was bereits intern auf Parteibasis diskutiert worden war: Der Rüstungswettlauf macht das Land kaputt. Das hat Reagan mit seiner Politik des Totrüstens erreicht. Gorbatschow gab vor, die schlingernde Volkswirtschaft wieder aufrichten zu wollen, wozu er aber Partner brauchte. Da hat er an die DDR gedacht, die unter den Staaten des Warschauer Vertrags den besten Stand hatte. Eine Studie, die er heimlich über die DDR-Wirtschaft anfertigen ließ, hat ihm aber gezeigt, dass die DDR kein derartiger Partner sein konnte. So orientierte er sich auf den Westen, der sich auch gern anbot.

Das waren insbesondere die USA-Präsidenten und alle, die bis vor kurzem noch „roll-back“ gerufen hatten und damit nicht den „Wandel durch Annäherung“, die „Konterrevolution auf Filzplättchen“, sondern die direkte Konfrontation meinten: Frau Thatcher beispielsweise sagte nach dem Besuch Gorbatschows 1987. „Das könnte unser Mann sein.“

Er war es. Und Reagan sagte am 4.6.1987 zum 70. Geburtstag von Gorbatschow: „Wir erhielten immer wieder Beweise dafür, dass Gorbatschow mit der Einführung grundlegender ökonomischer und politischer Reformen ernst machte. Es gibt zahlreiche Anzeichen dafür, dass die stille Diplomatie mit Gorbatschow funktionierte“. Auch Gorbatschow wusste sich als Wegweiser zu profilieren. Er sagte am 3.3.1992 lt. SZ Dresden; „Alles, was in diesem Jahr in Osteuropa geschehen ist, wäre ohne die Gegenwart dieses Papstes nicht möglich gewesen“. Gemeint ist der polnische Papst. Dieser Hinweis ist ein Wink dafür, dass Polen neben/und Ungarn die vom Westen auserkorenen Staaten waren, in denen das Eindringen am leichtesten war.

Wojtyla kam nicht umsonst 1978 in dieses Amt. Aber dass ein Pole zum Papst gekürt wurde, musste aufhorchen lassen. Auf alle Fälle haben Vatikan und CIA ein Netzwerk geknüpft, um Polen zu destabilisieren. Auch hier war US-Brennpunkt-Diplomat Veron Walter der Verbindungsmann zwischen dem Papst und dem USA-Präsidenten. Der Papst verkündete nach seiner Inthronisierung den Kreuzzug gegen den Kommu-

nismus. Im August 1989 trat der Papst bei seinem Ungarn-Besuch mit dem Anspruch auf, dieses Ziel erreicht zu haben: „Ich und Bush haben den Kommunismus gestürzt“.

Der schwedische Journalist Gröndal 1992: „Die von Lech Walesa geführte unabhängige Gewerkschaftsbewegung Solidarnosz spielte eine wesentliche Rolle. Das Netzwerk, das Reagan und Johannes Paul II knüpfen ließen, versorgte diese Gewerkschaft bis zur Wiederzulassung 1989 mit Geld, Ausrüstung und Beratung. Das Geld kam aus CIA Mitteln, vom Vatikan und westlichen Gewerkschaften.“ Walesa sagte 1990, Polen habe die Säulen des Kommunismus untergraben. Und Kohl sagte dazu, „die Russen haben die Macht des Papstes unterschätzt. Er war überall dabei“. Und die Times schrieb, als „wesentlicher Erfolg des US-Auslandsnachrichtendienstes ist zu feiern, dass in einer konzertierten Aktion von Vatikan und CIA in Polen an empfindlicher Stelle die Destabilisierung des Warschauer Vertrages begonnen worden war“.

Nach der Betrachtung dieser internationalen Verschwörung darf ich als Atheist auf die Aktivitäten der Kirche im Wiedervereinigungsprozeß der DDR eingehen. Am 6.12.1978 hatte sich Erich Honecker mit Vertretern der DDR-Kirchenführung getroffen, hinterher war vor Journalisten der Begriff von einer Kirche im Sozialismus gefallen – was immer das sein soll. Das rief die BRD Kirchenleitung auf den Plan, die noch am alten Alleinvertretungsanspruch des Staates aus den 50er Jahren hing. Sie und eigene Kirchenvertreter protestierten, das „wäre Anpassung an die SED Politik“.

Die Kirche hatte schon Anfang der 70er Jahre begonnen, Jugendliche zu Friedensgesprächen und Friedensgebete in die Kirche zu holen und eine DDR-Friedensbewegung zu schaffen, was wirklichkeitsfremd war, weil von der DDR keinerlei Kriegsgefahr ausging. Es ging auch nur darum, eine Kampagne zu Abgrenzung vom Staat zu organisieren. Zielpunkt waren die bewaffneten Organe der DDR, weil sie angeblich dem Krieg dienten. Damit sollten die jungen Menschen zu einer Kontraststellung dem Staat gegenüber ausgerichtet werden, was eine der vielen Einnisungen von außen in DDR-Verhältnisse und deren Aufgreifen durch eigene Kräfte war. Die Losung „Schwerter zu Pflugscharen“ aus der Kirchengeschichte wurde aktualisiert, aber aus dem Zusammenhang gerissen. Nicht gesagt: Damals hatte ein Prediger Namens Micha in einer Predigt über Frieden auf Erden ausgeführt, dass, wenn dieser Zustand erreicht ist, die Schwerter zu Pflugscharen geschmiedet und Spieße zu Rebmessern werden könnten. „Kein Volk wird wider das andere das Schwert erheben und sie werden den Krieg nicht mehr lernen“. Ganz bewusst werden noch heute Schwerter geschmiedet und mit ihnen Menschen getötet; 2000 Jahre nach der Bergpredigt ist keiner ihrer Punkte erfüllt. Aber bei der Wiedereinführung des Kapitals war die Kirche selbstverständlich zur Stelle. Zu Pfarrer Christoph Zieger, der mit der Ehrendoktorwürde der Stadt Dresden ausgezeichnet wurde, schrieb die SZ Dresden am 7.7.2002: „Das ist gut so. denn er war eine Schlüsselfigur bei den friedlichen Verän-

derungen in unserem Lande. Lange vor dem Herbst 1989 hat er den Boden dafür bereitet“.

Unter dem Dach der ev. Kirche wurden in der DDR illegale und gegen die DDR gerichtete Publikationen hergestellt und verbreitet, was materielle und finanzielle Hilfe der BRD-Kirche zur Voraussetzung hatte, aber auch des Staates BRD. An der Demo am 9.10.1989 in Leipzig nahmen 70.000 Demonstranten teil. Aus fast allen Bezirken der DDR waren welche per PKW oder Bahn angereist, was von eigenen Leuten wie von Westberlin aus organisiert war.

Zurückkommend auf die Demonstranten sei gesagt, dass ihre Bezeichnung als „Revolutionäre“, dazu noch „friedliche“, sicherlich eine Bezeichnung des Klassenfeindes ist, trotzdem aber auf zwei unterschiedliche Gruppen unter ihnen hingewiesen werden muß. Die Einen, die Ersten, traten für die Verbesserung der DDR-Verhältnisse, also des Sozialismus, auf. Nachdem sich die BRD-Politik in ihrer Einmischung in der DDR wie zu Hause fühlte, woran auch Appelle des Runden Tisches nichts änderten, veränderten sich die Demonstrationen und es traten nun, da das Kräfteverhältnis offen erkennbar war, diejenigen hervor, die zuerst noch hinter den Fenstern den ursprünglichen Demos zugeschaut hatten und die Ursprünglichen traten wegen Erfolglosigkeit zurück oder zu den Neuen über. Wer dann noch in Demo-Reden auf die DDR Bezug nahm, wurde ausgepiffen und mit Tätlichkeiten bedacht. Das Wort „friedlich“ wurde den Bewegungen nur hinzugefügt, weil nicht auf sie geschossen wurde. Das hätte es unter DDR-Verhältnissen auch nicht gegeben und die Möglichkeit wird nur der Propaganda wegen unterstellt.

Die Mehrzahl der Demonstranten sah die kommenden grundlegenden Veränderungen ihrer Lebensverhältnisse nicht voraus.

In der DDR befreit von der Furcht vor Verlust des Arbeitsplatzes, von der, die Wohnung zu verlieren, denn das „Dach überm Kopf“ war verfassungsmäßig gesichert wie das Recht auf Arbeit, Erholung für alle, Zugang zu den Schulen, Universitäten und jegliche Bildungseinrichtungen, kostenlose gesundheitliche Betreuung, sportliche Betätigung, berufliche Perspektiven für die Jugend, wie selbstverständlich ausgestattet mit all diesem konnten sie sich nicht vorstellen, dass es ihnen genommen würde.

Aber „plötzlich“ war das alles vorbei!

Nun haben wir das wiedervereinigte Deutschland zu den Bedingungen des Kapitals. Über Treuhand, Privatisierung und Ausplünderung des Volkseigentums wurde die feindliche Übernahme der DDR perfekt gemacht.

Wir, die wir die Abnabelung vom Kapital als einzige Aussicht auf eine gesellschaftliche Zukunft bewusst mitgestaltet haben, können resümieren, dass der Arbeits- und Lebensbedingungen der DDR besser waren als die der BRD sind.

Nachfolgenden Generationen wird dieser Vergleich fehlen, weil sie unsere Zeit nicht erlebt haben und ein „Sich-Ducken“ als selbstverständlich empfinden. Sind wir gestorben, werden nicht einmal mehr solche kritische Äußerungen wie diese hier zu vernehmen sein. Aber auch für die Westdeutschen ist die Zeit vorbei, während der sie angesichts der sozialistischen Alternativ mit sozialen Wohltaten korrumpiert werden mussten.

Heute ist die Macht von Demonstranten begrenzt. Sie können nicht streiken und Arbeit verweigern, - sie haben keine mehr. Sie können keine Betriebe besetzen, - die sind längst ausgeschlossen. Nur Parteizentralen, Rathäuser und Job-Center können sie demolieren.

Dieser Schaden ist für das Kapital überschaubar. Es demonstrieren Ausgeschlossene! Ihr Auftritt ist für das Kapital nur eine Episode. Wer Arbeit oder einen Job hat, demonstriert aus Angst, ihn zu verlieren, nicht, macht Zugeständnisse bei Tarifen, Löhnen und Arbeitszeit.

Apropos Wiedervereinigung: Was wurde vereinigt? Nicht beide deutsche Staaten, weil bei so gravierenden Gesellschaftsunterschieden sich nicht etwas Kapitalismus mit etwas Sozialismus vereinigen konnte. Bestenfalls sind Territorien vereinigt worden, Zahlen an Mensch und Material.¹⁵ Die DDR wurde als Staat bewusst zerschlagen und musste sich aufgeben. Es war also keine Vereinigung von Staaten, sondern nur der Beitritt des Landes Ostdeutschland zum Staat BRD. Eine Konföderation wäre vielleicht möglich gewesen, aber auch nur als Übergangskonstrukt zum Kapitalismus. Überlegungen dazu hat es zwischen beiden deutschen Staaten gegeben, aber die BRD zeigte sich wenig aufgeschlossen dafür, als die DDR noch ein stabiler und durch die Sowjetunion gestützter Staat war. Auf eine Wiedervereinigung nahm die BRD in dem Augenblick Kurs, als die am Boden liegende DDR durch Annexion vereinnahmt werden konnte.

Abschließend darf nicht unterlassen werden, auf die eigentlichen Gründe für den Sieg der Konterrevolution hinzuweisen:

¹⁵ Wobei viele Ostdeutsche sich 1989 ff dachten, auch Politiker davon sprachen z.B. Regine Hildebrandt, das Beste aus der DDR und das Beste aus der BRD zu nehmen und daraus einen „idealen Staat“ zu errichten. Was für ein Blödsinn! Der eine oder andere!

Wir haben, an die Macht gekommen, gewusst, dass das Kapital Widerstand leistet, denn die Frage lautete: Wer – Wen? Wer setzt sich durch, der nach dem Zweiten Weltkrieg angeschlagene Kapitalismus oder der Sozialismus als Alternative und echte Perspektive bei der Suche der Menschheit nach der Gesellschaft ohne Ausbeutung und Kriege? Der angeschlagene mobilisiert alle Kräfte! Den Abwehrkämpfen des Kapitalismus in der Anfangsphase der Systemauseinandersetzung folgten mehr und mehr Stabilisierungs- und Erfolgchancen vor allem in dem Maße, wie die sozialistischen Staaten sich sicher fühlten und nachlässig wurden in ihrem Abwehrkampf, den sie glaubten, schon durch ihr bloße Existenz gewonnen zu haben.

Und das war möglich durch das alte Leid, das Eindringen des Revisionismus in die Arbeiterbewegung! Einen hohen Anteil hat daran Chruschtschow, der seine Machtstellung ausnutzte, mit revisionistischen Phrasen die Pionierrolle der KPdSU in das Gegenteil zu verkehren, was die Brüderländer übernahmen oder übernehmen mussten. Das war strafbar und die Strafe folgte.

Gerhard Schiller

Dieter Popp: 20 Jahre Initiativgruppe „Kundschafter des Friedens fordern Recht“

Am 25. März 1995 trafen sich in Berlin mehrere ehemalige DDR-Kundschafter, die bereits aus der Strafhaft entlassen worden waren. Anlass war eine Anhörung zum Gesetzentwurf eines „Strafverfolgungs-Beendigungsgesetzes“ der damaligen PDS. Am Rande dieser Anhörung trafen sich einige Kundschafter, darunter auch die ehemaligen Chefs der HVA Werner Großmann und Markus Wolf. Dabei wurde die Initiativgruppe gegründet, um das Anliegen - die Forderung nach einem Ende der Kriminalisierung von Angehörigen und westdeutschen Mitarbeitern der DDR-Geheimdienste - besser öffentlich vertreten zu können. Zweck unserer Gründung war natürlich nicht, 20 Jahre lang zu existieren. Ziel war es, die himmelschreiende Ungleichbehandlung von Spionage Ost und Spionage West in die Öffentlichkeit zu bringen und rechtliche Schritte dagegen einzuleiten. Auf Anregung von Markus Wolf wählten wir die Bezeichnung „Kundschafter des Friedens fordern Recht“. Ich selbst war Kundschafter der Nationalen Volksarmee, bin Mitbegründer und seit mehreren Jahren Vorsitzender der Gruppe.

Mit den juristischen Schritten, die einige von uns unternahmen, konnten wir letztlich keine Erfolge erzielen. Auch der Europäische Menschenrechts-Gerichtshof hat es vorgezogen, sich für unzuständig zu erklären. Mit einem Land wie Deutschland legen sich europäische Juristen sich eben auch nicht gerne an, wenn sich formale Ausflüchte finden lassen. Aber wir fanden in einer breiteren Öffentlichkeit Beachtung und Soli-

darität. In einer damals recht erfolgreichen Öffentlichkeits-Kampagne hatten wir vor allem Rainer Rupp in den Mittelpunkt gestellt, der zu zwölf Jahren Haft verurteilt worden war. Das Spendenaufkommen war übrigens ein Grund, weshalb wir die Rechtsform eines eingetragenen Vereines annehmen mussten. Es war also nicht der Hang zu „typisch deutscher Vereinsmeierei“, dass wir ein „e.V.“ wurden.

Insgesamt wurden 245 Bundesbürger zu Freiheitsstrafen verurteilt, davon 51 zu Freiheitsstrafen zwischen zwei und zwölf Jahren. Es versteht sich von selbst, dass die westliche Spionage gegen die DDR nicht verfolgt wurde. Wer immer bis 1989 in der DDR wegen Spionage verurteilt worden war und sich in Haft befand, wurde Anfang 1990 – noch unter der Regierung von Hans Modrow - freigelassen (und inzwischen großzügig entschädigt). Leider hatte Hans Modrow damals keine entsprechende Gegenleistung gefordert, und die Regierung unter seinem Nachfolger Lothar de Maizière verließ sich blind auf mündliche Zusagen. Vergeblich hatten auch westliche Politiker nach 1990 daran erinnert, dass die Spionage integraler Teil des Kalten Krieges gewesen war und von beiden Seiten betrieben wurde. Zu nennen sind u.a. der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker und der SPD-Politiker Egon Bahr. Aber es setzten sich die Scharfmacher im Westen – angefeuert von sogenannten Bürgerrechtlern der DDR – durch.

In Deutschland befindet sich schon seit längerem niemand mehr in Strafhaft. Aber die Folgen trafen natürlich alle. Wer im öffentlichen Dienst war, verlor Teile seiner Altersversorgung. Und allen, die im Gefängnis waren, fehlen natürlich die Jahre. Das westdeutsche Strafrecht sieht nämlich bis heute nicht vor, dass Häftlinge mit ihrer Arbeit in der Haftzeit Rentenpunkte erwerben (wie dies im „Unrechtsstaat“ DDR selbstverständlich war).

Wir werden in Zukunft weiter politisch gegen die Ungleichbehandlung der deutsch-deutschen Spionage kämpfen. Wir sehen uns in einer ähnlichen Situation wie Opfer der Wehrmacht-Justiz, die bis 2002 auf ihre Rehabilitierung warten mussten. Oder die Opfer des Kalten Krieges, die infolge des KPD-Verbotes und des Radikalen-Erlasses bis heute auf Entschädigung warten. Und selbstverständlich sind wir solidarisch mit allen Amtsträgern der DDR, die unter Diskriminierung und Strafrenten leiden. Wir arbeiten deshalb mit der Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung (GRH e. V) zusammen. Daran gemessen sind wir nur eine kleine „Fallgruppe“. Wir sind uns aber sicher – auch wenn wir es vielleicht nicht mehr erleben werden -, dass das Vereinigungs-Unrecht auf Dauer keinen Bestand haben wird. Im Rahmen unserer Öffentlichkeitsarbeit erleben wir – auch in liberalen, bürgerlichen Kreisen – Aufgeschlossenheit und Verständnis.

Dieter Popp

Die Partei „Die Linke“ oder: Das Elend der Sozialdemokratie

Ingo Wagner: Zur Dialektik der Zersetzung der Partei Die LINKE in ihrer historischen Endphase; Notizen

Im Mai 2009 habe ich in der Zeitschrift *offen-siv* (Ausgabe 03/2009, S. 25 ff.) eine Standortbestimmung der Partei Die Linke vorgenommen und ausgewiesen, daß diese Partei eine **sozialdemokratische Formation von eigener Art** ist. In sieben Argumentationsschwerpunkten wurde nachgewiesen, daß diese Partei bereits mit ihrer Geburt faktisch dieses Ziel und damit ein historisch weitergehendes Anliegen im Auge hatte, daß nunmehr (über verschiedene Etappen) in seine *Endphase* eingetreten ist, die sich durch diffuse Zersetzungserscheinungen auszeichnet. Ich schätzte ein: „Die KPF wurde den Reformsozialisten untergeordnet; sie wurde absorbiert, paralytisiert. *Die marxistische Linke* in dieser Partei **insgesamt** wurde nach und nach in die Rolle gedrängt, als Feigenblatt der sozialreformistischen Parteiführung zu fungieren. Sie hat weder ausreichend an einer zeitgemäßen theoretischen Sozialismuskonzeption gearbeitet noch genügend den historisch langfristigen Weg des Ausbruchs aus dem kapitalistischen System erkundet. Dieses dringliche Anliegen wurde von den marxistischen Linken bedauerlicherweise auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben und damit faktisch abgeschrieben. Auch wurde versäumt, einen grundlegenden politisch-organisatorischen und strategisch-theoretischen (programmatischen) Ansatz als ‚Notnagel‘ für einen Ausbruch aus der (geschilderten) Quadratur des Kreises zu formieren. Die gegenwärtigen Nachhutgefechte der marxistischen Linken, die sie in der Partei DIE LINKE so oder so früher oder später zu einem ‚Ende‘ bringen muß, stehen unter keinem guten Stern. Es wird also Zeit, mit der linken Tarnung dieser Partei durch die marxistische Linke Schluß zu machen.“ Ich füge jetzt hinzu, daß sich das „Marxistische Leipziger Forum“ in meiner Sicht zu einer Parteigruppe sui generis der Partei Die Linke mauserte. Und deshalb bin ich aus dem „Marxistischen Forum“ ausgetreten, um meine marxistische Theoriearbeit ungehindert fortsetzen zu können.

Ich habe aber bereits in diesem Zusammenhang angemahnt: *Notwendig ist es, langfristig die Gestaltungsformung einer massenwirksamen marxistischen Partei ins Visier zu nehmen.* Diese Debatte ist strittig; die damit zusammenhängenden Probleme sind sicherlich nicht von heute auf morgen zu lösen. Deshalb will ich hier nur noch anmerken, daß ich in meiner Arbeit in *offen-siv* (Ausgabe 7/2013) „**Quo vadis? Die Partei ‚Die Linke‘ nach der Bundestagswahl 2013 – mit historischen Notizen**“ diese Einschätzung der Linkspartei weiter konkretisiert habe. ***Fest steht für mich, daß***

die Linke historisch früher oder später in Bedeutungslosigkeit verschwinden wird.

Es hieße nun Eulen nach Athen zu tragen, diesen Prozeß hier concreto nachzeichnen zu wollen. Ich begnüge mich mit den folgenden Beispielen, um später nachzuweisen, daß dieser Prozeß – wenn auch verschleiert – mit einer totalen Aufgabe des Marx-schen Denkens vom Kommunismus verbunden ist.

Susanne Henig-Wellsov, Vorsitzende der Linkspartei in Thüringen, stellte im Neuen Deutschland (11. März 2015, S. 10,) eine erste Bilanz der ersten 100 Tage Rot-Rot-Grün in Thüringen vor. Kein Wort dazu, daß Rammelow und Gauk verordneten: Die DDR war ein „Unrechtsstaat“ (offen-siv 1/2015, S. 36 ff.). Gregor Gysi meinte salomonisch: Rot-Rot-Grün sei wichtiger als Unrechtsstaats-Formulierung: „Es stimmt eben nicht, daß, wenn man kein Rechtsstaat ist, daß man dann automatisch ein Unrechtsstaat ist.“ Gleichzeitig machte er aber klar, daß es Rot-Rot-Grün an einer solchen Formulierung nicht scheitern lassen würde: „Die Bekenntnisse sind für mich das Wichtige. Das Wichtige sind für mich wirklich die realen Veränderungen für die Thüringerinnen und die Thüringer.“ (LVZ, 1. Oktober 2014, S. 6) Die Linke befindet sich so auf Versöhnungskurs. Die Kommunistische Plattform Thüringens vollführt hierzu seit langem einen Eiertanz. Jochen Traut, Sprecher der Thüringischen Plattform, der zunächst kurz nach der Wahl mit einer ausführlichen Kritik am Regierungsstreben für Aufruhr gesorgt hatte, schwenkte nun rasch auf die Unterstützung der Koalitionspläne um. „Nicht unsere Position hat sich geändert, sondern die Situation“ meinte er. „Eine Mehrheit der Linken wollte das Projekt, vielleicht könnte man die Verhältnisse ‚schrittweise‘ ändern ...“ Die Dinge nahmen ihren weiteren Verlauf. Rammelow verglich die Gestapo der Faschisten mit der Staatssicherheit der DDR: „Die Grundstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit war wie die Gestapo angelegt.“ Aber Gysi mahnt; er ist bestrebt, die Partei auf Bundesebene auf Kurs zu bringen. Sie müsse sich „in bestimmter Hinsicht etwas disziplinieren.“ Und Bartsch bringt „seine Hoffnung zum Ausdruck, daß Rammelows Amtsantritt in Erfurt der Beginn eines Prozesses sei, der zur Regierungsbeteiligung im Bund führen könne.“ (Siehe junge Welt, 8. Dezember 2014, S. 2)

Der kluge Presseleser beginnt zunehmend, diesen Zersetzungsprozeß der Linken zu durchschauen. So schrieb zum Beispiel Borvin Wulf: „’Thüringer Kniefall’ ist die treffsichere Charakterisierung, mit der nicht nur der ‚Genosse‘ Ministerpräsident Rammelow als machtgeiler Häretiker in die Geschichte eingehen wird. Zutreffend ist das auch für die unzähligen Figuren in der Partei Die Linke, die seine Steigbügelhalter sind. ‚Versöhnen statt spalten‘ hat Rammelow in einer Antrittsrede den früheren Pfarrer und Bundespräsidenten Johannes Rau für seine zukünftige Amtsführung reklamiert. Zwar unterschied sich Rau in manchem positiven Sinne vom ebenfalls früheren Pfarrer und heutigen Bundespräsidenten Gauck, der pastoral-demagogisch alles politisch Linke am liebsten in den Orkus der Geschichte tritt. Gerade deshalb

sind Rammelow und die Partei Die Linke zu fragen: Versöhnen womit? Rote Tinte und ein Füllfederhalter aus dem Marxhaus in Trier sowie ein kleines Marx-Maskottchen auf dem Schreibtisch können nicht darüber hinwegtäuschen, daß Rammelow sein sozialistisches Bewußtsein, so er es je besessen haben sollte, entsorgt hat.“ Ja, so ist es! (junge Welt, 18. Dezember 2014) Und Bern Schrumpf schrieb kurz und bündig *treffsicher*: „Herr Rammelow und alle anderen Postenjäger in der Linkspartei, die glauben, auf Kosten der DDR-Verunglimpfung Karriere machen zu können, werden auf Dauer Schiffbruch erleiden. Ganz einfach, weil die immer wieder aktualisierten Lügen über die DDR der Instrumentalisierung zu dienen haben. Sie erhöhen somit das Lügengebäude, welches die Zeit unweigerlich zum Einsturz bringen wird. (...) Und in dieser Sicht kann ich mich anschließen, den Satz von Peter-Michael Diestel zu wiederholen: ‚Und es kotzt mich an, wenn die LINKEN, nur um jetzt ihren ersten Ministerpräsidenten zu stellen, ganz massiv in das eigene Nest schießen.‘“ Dazu auch Uwe Höntzsch (nd, 5. Januar 2015): „Ich glaube, damit hat er nicht nur die simple Wahrheit ausgesprochen, sondern traf damit auch ganz massiv den Nerv vieler, die in der Linken immer noch ihre politische Heimat glauben gefunden zu haben.“

In meinem genannten offen-siv Beitrag (7/2013, S. 39) habe ich gefolgert, „daß Gysi als Oppositionsführer im Bundestag seinen Kurs als **Zentrist sui generis** auf Rot-Rot-Grün wahrscheinlich zu Gabriels Bedingungen für die nächste Bundestagswahl oder bei einem frühen Verscheiß einer schwarz-roten Bundesregierung konsequent und hartnäckig fortsetzen wird. Als das alleinstehende ‚Alphatier‘, wie er sich selbst einmal bezeichnete, wird er jeden ernsthaften Versuch, das Zustandekommen einer künftigen Koalition (wahrscheinlich) mit der SPD zu behindern, mit eiserner Hand in den in den eigenen Reihen unterbinden.“ Der erzwungene Verzicht von Wagenknecht auf den Fraktionsvorsitz spricht eindeutig für den Wunschtraum, in nächster Zukunft Regierungsverantwortung übernehmen zu wollen. **„Das bedeutet einerseits, die bedingungslose Unterordnung der anderen linken Parteiströmungen wird im Grundsätzlichen konsequent fortgesetzt und der Maulkorb fest angezogen. Andererseits werden die Modernen Sozialisten der alten Garde (Michael Brie, Dieter Klein, u. a. verschiedener Provenienz) an der langen Leine gelassen und ermuntert, ihre ‚Transformationstheorien‘ weiter auszubauen. Und Gysi selbst spielt jetzt als Oppositionsführer das Klavier der ‚Staatsräson‘ als linker Flügel der Bourgeoisie weiter.** Und das in einer Situation, in der die staatlich herrschende Monopolbourgeoisie mittels ihrer politischen Parteien ein bestimmtes Maß an ‚Bourgeoisiesozialismus‘ durch ‚Sozialdemokratisierung‘ einführen und damit zugleich einerseits die SPD in Zugzwang bringen, aber zugleich andererseits die sozialen Minimalforderungen der Linken aufweichen. Als ‚Stabilisierungsfaktor‘ bleibt das Anliegen der Partei Die Linke als linker Flügel der Bourgeoisie nach wie vor notwendig.“ An dieser Posi-

tionsbestimmung halte ich prinzipiell fest. Ergänzen möchte ich nur, daß die Zusammenschlüsse wie die kommunistische Plattform, die Antikapitalistische Linke, der Geraer Dialog als „Feigenblätter“ dieser Generallinie in der Partei Die Linke fungieren, die sich in Abwehrkämpfen verzetteln, aber ideologisch-theoretisch jetzt eine äußerst gefährlich politische Rolle in den gegenwärtigen Klassenkämpfen spielen. **Denn sie helfen mit, daß letztlich die Linke nur noch als „linker Flügel der Bourgeoisie“, dh. als eine systemintegrale politisch-ideologische bürgerliche Partei im Sumpf des bürgerlichen Parlamentarismus versinken wird.** Und damit wird im Kern die Frage aufgeworfen, welchen Gebrauchswert die Partei Die Linke in *historischer Perspektive* für die die Bourgeoisie hat.

Diese Problematik wurde vor allem nach dem Geraer Parteitag der PDS aufgeworfen. Mit diesem Begriff wird schlicht und einfach ausgesagt, daß Parteien unterschiedliche Ziele und Interessen artikulieren und dabei eine bestimmte Klientel bedienen. Diese Frage hat natürlich auch für die Partei Die Linke viele Facetten. So gibt es sicherlich einen „Gebrauchswert“ bei der Verteidigung antifaschistischer Traditionen, bei der Bewahrung und Würdigung positiver sozialer Leistungen, beim Kampf für Frieden und Abrüstung. Er bestand in jener Zeit (2003) für die Bourgeoisie darin nach Schneider drin, „die Herausbildung eines oppositionellen oder gar revolutionären Subjekts zu verhindern und das objektiv existierende Protestpotential in den Kapitalismus zu überführen.“ (RotFuchs/März 2003. S. 11) Das ist zutreffend. In meiner Schrift *Eine Partei gibt sich auf* (edition ost, 2004, S. 138) habe ich eingeschätzt: „Ja! Die PDS-Führung hat mit diesem Kurs insgesamt etwas vollbracht, was niemand in der alten Bundesrepublik hätte bewerkstelligen können: Sie hat einerseits das noch vorhandene antikapitalistische, sozialistische Bewußtsein vieler ehemaliger Bürger der DDR deformiert, ‚anpassungsfähig‘ gemacht – und andererseits wirkliche Linke ins Abseits gestellt. Insofern hat die PDS bereits ihre ‚historische Mission‘ erfüllt. Der Kurs des Modernen Sozialismus als Bourgeoisiesozialismus könnte früher oder später als antirevolutionäre Potenz in anderen politischen Formen fortgesetzt werden.“

Es sei hier an den Chemnitzer Parteitag der PDS erinnert. Er hat den Marxismus aus der Partei verbannt sowie – unter Nutzung von Aussagen des Godesberger und des Berliner Programms der SPD – einen Modernen Sozialismus als Bourgeoisiesozialismus entworfen, der den demokratischen Sozialismus der SPD faktisch dialektisch negierte und so Anspruch auf „Weiterführung“ erhob. Unter Verzicht auf die weitere historische Entwicklung der Partei Die Linke, die ich als im Großen und Ganzen als bekannt voraussetze, meine ich nunmehr, daß folgendes jetzt möglich werden könnte: Einerseits zeigt die gegenwärtige Kräftekonstellation in der Linkspartei eindeutig an, daß sich die Linke als eine sozialdemokratische Partei eigener Art entwickelt, deren führenden Kern als „Rechtsentwicklung“ einzuschätzen ist. „Linke“ Kräfte, mit unterschiedlichem Potential spielen eine marginale Rolle. Hieraus ergibt sich einerseits: Je

mehr es der politischen Klasse im bürgerlich-kapitalistischen System noch gelingt, die Mehrheit des werktätigen Volkes – ebenfalls bei der Umsetzung von neoliberalen und sozialdemokratischen Reformen - in ihrem Griff zu halten, umso weniger wird die Partei Die Linke benötigt. Andererseits: Je mehr die sozialen Gegensätze aufbrechen und sich zuspitzen, desto mehr gewinnt die Linke als eine Partei *ohne* die **Marxsche Kommunismusposition** noch an „Gebrauchwert“ für das kapitalistische System, um zu verhindern, daß sich *wiederum* ein wirklich oppositionelles oder gar ein revolutionäres Subjekt herausbildet. Insofern zeigt sich die Linke potentiell als eine konterrevolutionäre Kraft. In dieser Sicht könnte natürlich der Existenz der Linken eine längere Lebensdauer beschieden sein, sollte für sie nicht aus anderen Gründen das Sterbeglöckchen läuten. Durch diese Dialektik wird die gegenwärtige politische Konstellation der Linken bestimmt, wobei der weitere Gesichtverlauf sicherlich Überraschungen involviert. In dieser Sicht wollen wir nunmehr diese Überlegung weiter durch eine knappe Analyse einiger Komponenten der gegenwärtigen Entwicklung in der Linkspartei untersetzen.

In Leipzig gründeten Regierungskritiker in der sächsischen Linkspartei eine eigene Plattform. „Nach den 18,9 Prozent bei der Wahl im August 2014 brach in der sächsischen Linken ein alter Streit um die Ausrichtung der Partei neu auf. Jetzt bündelt das Lager der Kritiker seine Kräfte. ... 'Wir brauchen keine SPD .2.0, sondern eine sozialistische Partei, die über Systemgrenzen hinaus denkt'“. So Volker Külow, Vorsitzender der Leipziger LINKEN. (Siehe: LVZ, 14. März 2015, S. 6) Herbert Münchow kommentiert u. a: “‘Die Linke’ in den ostdeutschen Landtagen versteht sich überall als Regierungspartei im Wartestand. Entsprechend ausgerichtet ist ihr hauptamtlicher Funktionskörper. Der Weg nach Godesberg wurde hier schon vor Jahren beschritten. Inzwischen sprechen Marxisten in der Linken für diesen Teil ihrer Partei von einer ‚zweiten Sozialdemokratie‘. Rote Alleinstellungsmerkmale gegenüber den bürgerlichen Parteien sind der PDL zunehmend abhanden gekommen. Geliebäugelt wird mit Rot-Rot-Grün nach dem Muster von Thüringen, der ‚Unrechtsstaat‘ DDR als Türöffner eingeschlossen. ... Gegen die Entwicklung nach rechts regte sich in der Linkspartei von Anfang an immer wieder Protest. Eine Vielzahl von innerparteilichen Zusammenschlüssen ist mit der Entsorgung der ‚roten Haltelinien‘, wie sie zuletzt im Erfurter Programm festgeschrieben wurden, nicht einverstanden. Doch diese Zusammenschlüsse sind marginalisiert. Gegenüber der Kaderorganisation der rechten Reformsozialisten, wie wir sie nicht nur im Forum demokratischer Sozialisten (fds) vorfinden, bedarf es, so lehrt es die geschichtliche Erfahrung, eines eigenen gut organisierten Zusammenschlusses, dem es um eine ‚solidarische, kämpferische sozialistische Partei‘ geht, ‚die vorrangig für die Interessen der abhängig Beschäftigten und Prekarierten kämpft.‘“ In diesem Sinne konstituierte sich ein **Sächsischer Liebknecht Kreis gegen die Anpassung an den herrschenden Politikbetrieb**.(Siehe: Eine Wortmeldung

aus der „Linken“ in Sachsen; der Verfasser schreibt als Mitglied der DKP allerdings für die Linke) Soweit so gut – einmal abgesehen von einigen Fragen, die ich – wie später ausgeführt – etwas anders sehe.

Das bislang vorliegende Material, das man auch digital lesen kann¹⁶, habe ich gründlich durchdacht. Hier beschränke ich mich um solche prinzipiellen Bemerkungen, die den tieferen Kern dieses Aufbäumens einiger Linken in der Linken mit Rückbesinnung auf das Erfurter Programm berühren. *Erstens sind es Überlegungen ohne Marx; er ist faktisch ein historisch toter Hund und deshalb wird auch seine Weiterentwicklung für das Heute ausgeblendet. Zweitens sind sich die „Altlinken“ nicht im Klaren, welcher Partei sie überhaupt angehören und drittens werden die historischen Entwicklungstendenzen in der PDS und in der Partei Die LINKE „neu“ und somit der jeweiligen Lage gemäß „angepasst“ und dadurch verfälscht.* Nunmehr will ich diese Grundaussagen kapp untersetzen.

Daß es ohne Marx heute nicht geht, habe ich in vielen meiner theoretisch-politischen Überlegungen immer wieder kundgetan. Aber vor der sich breit machende politisch-theoretische Demenz würden selbst die Götter kapitulieren. Mehr lässt sich hierzu wohl nicht sagen. Wie bestimmt Volker Kùlow den Charakter seiner Partei? Einige Kostproben, dokumentiert in *junge Welt*, 18. März 2015, S. 12 f.: „Der Zustand unserer Partei, auch ihrer Führungsgremien lässt zu wünschen übrig. ... Primär geht es um inhaltliche Probleme und tiefgreifende Differenzen. ... Die Verteidigung unserer programmatischen Grundsätze von Erfurt ist aber unabdingbar, es ist die Voraussetzung unserer weiteren Existenz als sozialistische Partei. Wenn wir sie aufgeben, werden wir zu einer zweiten Sozialdemokratie in Deutschland, die bekanntlich nicht gebraucht wird. Die Bundesrepublik benötigt vielmehr eine solidarische, kämpferische sozialistische Partei, die vorrangig für die Interessen der abhängig Beschäftigten und Prekarisierten kämpft. Von dieser Hauptfunktion ist derzeit unser Erscheinungsbild aber zu wenig geprägt. Sozialistischer Pluralismus ist ein wichtiges Prinzip unserer Partei. Politische Beliebigkeit, wie sie sich ausbreitet, ist davon das genaue Gegenteil. Wenn sie an die Stelle klarer Aussagen und an die Stelle unserer programmatischen Grundsätze tritt, bewirkt sie die Zerstörung der Linken als sozialistische Kraft. Und das wäre verheerend angesichts der gegenwärtigen internationalen und nationalen Rahmenbedingung.“ Kùlow hat somit die *ernste Lage* in seiner Partei durchaus erkannt.

Was er aber nicht erkannt hat ist, daß die Linke sich mit der Verabschiedung vom Marxismus schon seit langem zu einer **sozialdemokratischen Partei besonderer Art**

¹⁶ Liebknecht-Kreis-Sachsen: Auf zu neuen Ufern. Gründungsdokumente, 44 S., Download unter: www.liebknecht-kreis-sachsen.de.

verwandelt hat; sie ist insofern kein Abziehbild der SPD, obwohl z.B. Byski die Nähe zu ihr nie geleugnet hat. Sie soll nach Külow und vielen anderen nunmehr „eine *sozialistische* Partei sein – mit sozialistischem Pluralismus.“ Da kommt man doch ins Grübeln. Denn er schreibt auch: „Die Partei dividiert sich auseinander. ... Die Partei verliert an solidarischem Zusammenhalt. Es ist in der Hauptsache ein Streit um zwei Linien der Politik, die nicht miteinander vereinbar sind.“ Was nun? Ziehen wir das Erfurter Grundsatzprogramm zu Rate, wozu Külow meint: „Unverwechselbare Alleinstellungsmerkmale, wie sie im Erfurter Programm aus dem Jahr 2011 stehen, werden verwässert: Antikriegspartei, Partei der sozialen Gerechtigkeit, Partei der Aufklärung über die gesellschaftlichen Zustände und last but not least Partei einer gerechten Sicht auf den Sozialismusversuch der DDR.“ All diese Aussagen zwingen nun zu einer Einschätzung des Erfurter Grundsatzprogramms in Sicht der obigen **dritten** Anmerkung.

Vom 21. bis 24. Oktober 2011 tagte der Programmparteitag der Partei „Die Linke“ in Erfurt. Das dort beschlossene Programm ist kein marxistisches Programm. Es ist Ergebnis eines längeren Verständnisprozesses, der die Unterstützung von Linken verschiedener Couleur fand. Die Analyse dieses Programms muß von Tatsachen ausgehen, also nicht von Möglichkeiten und Wünschen. Man muß sich somit von Lenins Ratschlag leiten lassen, daß der „Marxist ... als Prämisse seiner Politik nur genau und unbestreitbar bewiesene Tatsachen annehmen darf.“ (*Werke*, 25, 219) Eine solche Tatsache ist, daß die Linke mit diesem Programm ein Paket sozialer emanzipatorischer sowie antifaschistischer und auf Frieden orientierte Forderungen vertritt. Diese politische Kräftekonstellation in der heutigen Zeit der Agonie des imperialistischen Spätkapitalismus hat sich als eine solche Tatsache objektiviert, der man auch als Marxist ihr die Unterstützung nicht verweigern kann, ohne zu verschweigen, **daß dieses nichtmarxistische Programm solche generellen Mängel ausweist, die das Tor der Möglichkeiten der künftigen Entwicklung der Linken weit öffnet.**

Ich denke dabei nicht nur an die ungebührliche Länge des Textes, dessen Vermischung mit Kommentierungen, an die ungenügende Skizzierung der gegenwärtigen herrschenden sozialökonomischen Bedingungen und nicht zuletzt an die „schiefe“ Einordnung der DDR als verbliebener Feindstaat in das Geschichtsbild der BRD – verbunden mit der Verweigerung einer objektiven Analyse der Herkunft und des sozialistischen Aufbruchs der DDR und viele anderen historischen und politischen Falschaussagen.

Mein Haupteinwand besteht darin, daß das Programm ein „Kompromiß besonderer Art“ (so auch Ekkehard Lieberam) Züge einer solchen Dichotomie (gabelartiger Verzweigung) trägt, die metaphorisch die Programmaussagen wandelnd verschiedener, gegensätzlicher Interpretationen des Textes zulassen. Diese Dichotomie be-

steht darin: Das Programm enthält zwei konzeptionelle Grundlinien – eine linke und eine rechte sozialdemokratische, welche diese Partei insgesamt als eine sozialdemokratische sui generis ausweisen.

Die kommunistische Plattform und andere linke Strömungsorganisationen haben diesen „Kompromiß besonderer Art“ mit ausgestaltet oder auch eine Schärfung des antikapitalistischen Profils sowie einer links-sozialdemokratischen Reform und reformkapitalistischen Tradition angemahnt. Das Forum Demokratischer Sozialisten und die Anhänger dieser Richtungsströmung vertraten die Linie eines fundamentalen, primären transformatorischen Charakters der Politik der Linken. Dieses Forum hielt aber das Programm ob seiner Fragilität gleichfalls für ein Kompromißpapier. ***Es kann deshalb keinesfalls übersehen werden, daß dieser „Große historische Kompromiß“ de facto gleichfalls prononciert eine solche Richtung des Modernen Sozialismus als Fortsetzung der historisch gescheiterten sozialdemokratischen Traditionslinie präsentiert. Denn es wird sich auch in einer ersten Leitidee für eine solche solidarische Gesellschaft ausgesprochen. „in der die Dominanz des Profits überwunden wurde.“ (Pämbel) Und zwar in Verwirklichung eines „längeren historischen Prozesses, in dem die Vorherrschaft des Kapitals durch demokratische, soziale und ökologische Kräfte überwunden wird und die Gesellschaft des demokratischen Sozialismus entsteht.“ (Ebenda) Und das ist die Fortsetzung des Grundgedankens des Chemnitzer Programms der PDS, das den Marxismus unter Nutzung des Godesberger und des Berliner Programms der SPD verbannte. Danach ist dieser „Demokratische Sozialismus“ eine sich bereits im Kapitalismus entfaltende Erscheinung, der bereits seit dem Godesberger Parteiprogramm historisch-politisch und ideologisch paralytiert war. Eine solche politisch-ideologisch Leiche fand bereits mit dem Chemnitzer Parteiprogramm der PDS ihre „Fortsetzung als Negation der Negation“: Der Moderne Sozialismus negierte den „alten“ Demokratischen Sozialismus faktisch und erhob zugleich Anspruch auf dessen „Weiterführung“ als eines „neuen“ demokratischen Sozialismus. Mit diesem historischen Witz war die Herausbildung der PDS als einer sozialdemokratischen Partei von eigener Art in den Grundzügen zunächst abgeschlossen und zugleich die Tür für die spätere Vereinigung mit den sozialdemokratischen Westlinken verschiedener Herkunft, die sich in der WASG später um Oscar Lafontaine gesammelt hatten, geöffnet.***

Die nach der Vereinigung von PDS und WASG entstandene historisch-konkrete Gemengelage ermöglichte zunächst den bereits angeschlagenen noch marxistischen Kräften sich zu erholen und sich in die linke sozialdemokratische Richtung, die von Lafontaine repräsentiert wurde, „einzuklinken“ und so den Weg des „Großen Programmkompromisses“ zu beschreiten. Das hatte sich zunächst insofern erfolgreich ausgezahlt, als auf dem Erfurter Parteitag der Linken sich die Waage zugunsten der linken sozialdemokratischen Entwicklungsrichtung insgesamt – des Sozi-

alreformismus Lafontaines – neigte. Obwohl die Parteirechte sich in jener Zeit auf dem Rückzug bewegte, durfte die Parteilinke aber deshalb nicht als Sieger wännen, da der „Große historische Kompromiß“ nach wie vor im historisch Grundsätzlichen in seiner kaugummiartigen programmatischen Formulierung die Grundpositionen **beider** Grundströmungen sanktionierte.

Hinzu kommt, daß der Einfluß der Parteirechten keinesfalls gebrochen war. Und das nicht nur deshalb, weil der linke Flügel sich mit Unterstützung von Gysi „auf zentristische Positionen zurückgezogen hat. Auf längere Sicht aber tendieren die Zentristen stets nach rechts.“ (W. Pirker) Weiter: Lafontaines Richtung in der PDL, die den Parteilinken zunächst eine antikapitalistische Profilbestimmung ermöglichte, war keine Garantie für einen wirklich antikapitalistische Ausbruchsfundierung. Denn die Überwindung der Diktatur dies Profits bedeutet noch nicht die Lösung der Systemfrage in marxistischer Fassung. Lafontaine ist ein konsequenter linker Sozialdemokrat, der seinen Demokratischen Sozialismus gleichfalls mit dem Godesberger Programm verbindet. (Vgl. *Disput*, Juni 2008, S. 20) Er soll angeblich auf Rosa Luxemburg zurückgehen, fällt aber in Wirklichkeit auf Bernstein zurück. Dieser Demokratische Sozialismus steht für ihn „im Grunde genommen in der Freiheitsbewegung dieser Welt“ insgesamt. (Vgl. *Disput* 2010, S. 13) Marx ein toter Hund bei der Programmgestaltung der Linken? Ja! In dieser Sicht zeigt sich der der programmatische Streit als eine Auseinandersetzung zwischen linken und rechten sozialdemokratischen Sozialisten. ***Die noch marxistischen Kräfte saßen schon in jener Zeit in der historischen Falle. Sie haben sich mit ihrer Einordnung in den „Großen Programmkompromiß“ den Blick mit Marx auf die Erfordernisse des 21. Jahrhunderts nach Ende des sozialdemokratischen Zeitalters verbaut und sich selbst zu einer Lückenbüßerfunktion degradiert. Die Akzeptanz der konzeptionellen Fassung dieses Programmkompromisses ist für die Linkspartei der Sprengsatz mit korrumpierender Wirkung. Und das gilt ebenfalls für den Versuch der Leipziger Altlinken, in Sachsen, wo der Rechtstrend in der Partei wirklich üble Auswüchse angenommen hat, eine progressive Wendung einzuleiten – mit Rückbesinnung auf das Erfurter Programm.*** Leider sitzt auch H. Modrow heute noch in dieser historischen Falle. In seiner Rede vor dem Leipziger Liebknecht-Kreis führte er auch aus, daß die Partei DIE LINKE „die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen nur erfolgreich bewältigen (kann), wenn sie sich auf der Grundlage des in Erfurt beschlossenen Parteiprogramms konsequent als linke sozialistische Partei weiterentwickelt.“

In dieser Partei sind aber alle Messen bereits gesungen. Sie könnte historisch aus dieser „Verbannung“ nur ausbrechen, wenn sie sich früher oder später der historisch-imperativen Herausforderung stellt, für das Heute an einem zeitgemäßen Marxismusbild als historische in einem präzisen Parteiprogramm, verbunden mit einem Ausbruchsprogramm zu arbeiten. Das Fehlen dieses sozialistischen Markenkerns ist in

meiner Sicht die tiefere Ursache für die schweren Wasser, die über die Linken herein-
gebrochen sind. Aber ohne Marx und Engels für das Heute ist dieser Markenkern
nicht zu haben.

Wie könnte es mit der Entwicklung der Linken *heute* weitergehen? Diese Frage kann
letztlich nur die Geschichte selbst entscheiden. Da der historische Ablauf sich aller-
dings oft über Umwege bewegt, kann man die innere Dialektik, wie es mit der Links-
partei weitergehen könnte, *in concreto* kaum voraussehen. Wenn man jedoch das
Ergebnis der Programmdebatte mit den heutigen politisch-ideologischen Zustand
dieser Partei vergleicht, kann man allerdings über die mögliche Kontur des histori-
schen Schicksals einige Fingerzeige geben. Grundsätzlich: ***Es ist nicht alles beim
alten geblieben. Tatsache ist vielmehr, daß die Parteirechten zunehmend an Ein-
fluß gewonnen haben. Und damit ist das weitere Abtrudeln der Linken insge-
samt als Hilfstruppe des dominierten parlamentarischen Systems des bürgerlich
imperialistischen Staates in dieses System vorprogrammiert.*** Die noch „marxisti-
schen“ Linken in der Linken sind einer ständigen Marginalisierung unterworfen. Sie
können deshalb keine zeitgemäße marxistische Rekonstruktion einleiten und ihren
Einfluß verstärken und so früher oder später keine Formation des subjektiven Faktors
profilieren, der auch als historische Zwischenlösung die Form eines „demokratischen
Sozialismus“ annehmen könnte, wie ihn Friedrich Engels für seine Zeit nicht aus-
schloß. (*MEW, Bd. 4, S. 378/379*) Und schließlich: Die Linke hat sich auch nicht
getrennt. Ihr rechter Flügel hat sich nicht mit der SPD vereinigt und ihre „marxisti-
schen“ Restbestände sind nicht zur DKP gewechselt. Mit Schneider habe ich oben
vermerkt, daß die alte PDS-Führung etwas vollbracht hat, was niemand in der alten
Bundesrepublik bewerkstelligen konnte: *Sie hat den ehemaligen Bürgern der DDR
mehr oder weniger den revolutionären sozialistischen Zahn gezogen. Insofern hatte
sie bereits ihre historische Mission erfüllt.* Die Geschichte hat aber bekanntlich einen
langen Atem. Die Frage, die sich hieraus aus den sich zuspitzenden Krisen unserer
Zeit ergibt, ist allerdings die Befürchtung des Klassengegners, daß bei einem totalen
schnellen Übergang der Partei der Linken auf rechte sozialdemokratische Positionen
sie ihre „bewahrende“ Paralysefunktion völlig verlieren könnte. Und das ist
meines Erachtens völlig zutreffend. Deshalb ist er politisch-ideologisch daran interes-
siert, den noch „marxistischen“ Restbeständen zwar den marxistisch Zahn mit seinem
kommunistischen Kern zu ziehen und sie so historisch außer Gefecht zu setzen aber
gleichzeitig so oder so diesen totalen Übergang zu bremsen, um historisch langfristig
die eigene kapitalistische Herrschaftsstruktur zu sichern. In diese Dialektik ordne ich
auch das Anliegen des Liebknecht-Kreises ein. Ich halte es für ausgeschlossen, daß
eine solche Opposition mit „linkssozialistischer Orientierung“ zu einer radikalen
Wendung in der Linkspartei führen könnte.

In meinen Augen spielt ebenfalls der „Streit“ um den Charakter der PARTEI DER LINKEN eine bestimmte politisch-ideologische Rolle. Daß ich zur Bestimmung des Charakters dieser Partei eine prinzipiell andere Meinung als Lieberam vertrete, ist kein „Geheimnis“. Ich möchte das strittige Problem zunächst auf einen einfachen Nenner bringen.

Lieberam schreibt in Marxistische Blätter (4/2014, S. 14 ff.) zur Partei Die Linke unter der Überschrift: „**Weiterhin zwischen Klassenpolitik und Anpassung**“ folgendes: Unter Anpassung versteht er das *Problem* „*Unaufhaltsam auf dem Weg in die Koalition mit SPD und Grünen?*“, wie es die Überschrift seines Beitrags ausweist. Dies ist zwar keine Gesetzmäßigkeit, der Trend in diese Richtung ist allerdings unübersehbar. Aber was soll nun die Klassenpolitik sein?

Zwischen Lieberam und mir dürfte sicherlich Einverständnis bestehen, daß die Partei Die Linke **keine** marxistische Partei ist. Und deshalb kann diese Partei auch keine **marxistische** Klassenpolitik vertreten. Was nun? In seinem umfangreichen Schriftgut kommt nun der Eiertanz mit den verschiedenen Parteien in einer nichtmarxistischen Partei ins Spiel. Die Zahl schwankt mit Hinweis auf Modrow zwischen vier und fünf Parteien. Diese Aussage involviert für mich keine wissenschaftliche Beweiskraft. Lieberam meint allerdings auch: „Eine differenzierte Sicht gibt allerdings den Blick auf mindestens zwei Parteien frei.“ Ergo. Es könnten auch weitere sein, „die unter dem Dach der LINKEN in einer Partei, auch ihren Führungsgremien, vereinigt sind. Die LINKE ist Sowohl-als-auch Partei...“ Und das wird nun von Lieberam so „aufbereitet“. Abheben möchte ich nur: „Wir müssen mit einer längeren Zeit rechnen, in der die ‚zwei Parteien‘ in der Linken zunächst auf Bundesebene arrangieren, aber auch um Geländegewinn kämpfen.“ Es heißt auch: „Dabei sollen wir keine Illusionen haben: DIE LINKE, so wie sie heute ist, als Sowohl-als-auch Partei, ist nicht die Partei, die die Lohnabhängigen in den Klassenkämpfen des 21. Jahrhunderts brauchen. Wir werden sie aber auf absehbare ‚Zeit‘ so nehmen, wie sie ist.“ Hierzu meine ich **grundsätzlich**, daß die Rolle der (noch?) antikapitalistischen und marxistischen Linken in der Partei Die Linke **so** nicht zu belegen ist.

Für mich ist aufschlussreich, daß Lieberam im Interesse dieser „ZIELRICHTUNG“ viele seiner früheren durchaus zutreffenden Aussagen umformuliert. Ich will mich mit einem Beispiel begnügen. Er schreibt jetzt: „Das Erfurter Programm vom November 2011 sprach ebenfalls wieder von Klassen und Klassenkampf, von politischen Kräfteverhältnissen und der Eigentumsfrage.“ Richtig! Er hat aber zutreffend dieses Programm als einen „Kompromiß der besonderen Art“ bezeichnet, der verschiedene gegensätzliche Interpretationen des Textes zulässt, die allerdings **nunmehr** völlig **ausgeklammert** werden.

Lieberam nimmt überhaupt ebenfalls meine **Grundauffassung** vom Charakter der PDS in meinem Buch *Eine Partei gibt sich auf* (edition ost 2004) aufs Korn, die überhaupt nicht in seine politisch-ideologische Linie passt. Er moniert meine Bestimmung der PDS und der Partei Die Linke als sozialdemokratische Partei der besonderen Art „als zu pauschal, zumal ich nicht weiß, welche Sozialdemokratische Partei gemeint ist, die von 1891... oder die Sozialdemokratie von heute.“

Als ich dies las, kam ich ins Grübeln, ob Lieberam meine Generalabrechnung mit der PDS, die immerhin 191 Seiten mit 323 Anmerkungen enthält, überhaupt gelesen hat. Fabulieren ist hier nicht am Platz. Meine Schrift weist aus, daß sich mit der Herausbildung der PDS die Geburt einer sozialdemokratischen Partei sui generis, also **von eigener Art**, vollzog, die es so überhaupt noch nicht gegen hat. Da meine Schrift vergriffen ist, möchte ich die drei Grundgedanken mit Hinweis auf den Chemnitzer PDS-Programmarteitag benennen:

(Erstens) „Die PDS hat sich somit voll als eine Partei des kleinbürgerlichen Sozialreformismus ausgeprägt; sie ist zu einer sozialdemokratischen Partei sui generis mutiert, die jetzt versuchen wird, den Platz einzunehmen, die die SPD mit ihrer Entwicklung zu einer der Staatsparteien des kapitalistischen Systems infolge ihrer ‚Aufgabe‘ endgültig geräumt hat; und zwar gleichfalls als Staatspartei – allerdings im ‚sozialistischen‘ Gewand. Programmatisch wird sie nunmehr durch den ‚Modernen Sozialismus‘ geprägt, der als ein Produkt des modernen Kapitalismus selbst in der PDS strategische Triebfeder war, ist und bleibt: Sozialismus durch Kapitalverwertung auf dem Boden und im Rahmen des Kapitalismus selbst. Das ist kapitalistischer Sozialismus (Bourgeoisiesozialismus), der nunmehr im neuen PDS-Programm verankert ist.

(Zweitens) Es ist ein Treppenwitz der Geschichte: Die PDS versucht in diesem Sinne die soziale Rolle einzunehmen, die der SPD immer mehr abhanden kommt, nämlich Linke den sozialen und ökonomischen Erfordernissen des Kapitals unterzuordnen und in deren kulturelle Hegemonie einzubeziehen. ... Das politisch-ideologische Anliegen der programmatischen Neuorientierung der PDS ist insofern die Erhaltung und das Funktionieren des Kapitalismus; und zwar durch Beschneidung seiner extremen Auswüchse und zugleich durch die Lähmung der revolutionären und wirklich antikapitalistischen Kräfte. Die PDS agiert so als linker Flügel der Bourgeoisie, nach dem die SPD in dieser Rolle ausgedient hat. ... Für die PDS ist dies Tragödie und Farce zugleich. ... (Eine) wirkliche Chance hat eine solche ‚sozialistische‘ Phantompartei nicht. Historisch notwendig ist in Deutschland eine moderne marxistische Partei, die Masseneinfluß ausübt und so den sozialen Grausamkeiten der politisch herrschenden Klasse Paroli bieten könnte. Hierfür gibt es noch keine realen Bedingungen.“ (S. 10, 11)

Diese Einschätzung wurde im Januar 2004 in meiner „Generalabrechnung“ mit der PDS veröffentlicht. Es gibt für mich keinen theoretisch-politischen Grund, sie zu verändern, denn sie hat sich vollauf durch den geschichtlichen Gang der Dinge bestätigt.

Lieberam ignoriert sie. Er unterschiebt mir mit seinem „Einwand“ einen völlig anderen Gegenstand. Der Chemnitzer Parteitag wird in den linken Medien – und auch von Lieberam oft selbst – zu Recht als das Godesberg der PDS bezeichnet. Er „vergießt aber jetzt, daß dieses Godesberg einen tiefen Einschnitt in dieser Partei darstellt. Denn den ‚Modernen Sozialisten‘ ist es gelungen, ihr Konzept des Demokratischen Sozialismus als Grundstruktur im neuen Parteiprogramm zu verankern, welches nicht mehr auf eine sozialistische Gesellschaftsordnung zum kapitalistischen System orientiert. Damit fand zugleich die Geschichte des neuen Parteiprogramms (als) eine kleine Putschgeschichte (A. Schölzel, *junge Welt*, 28. Oktober 2003) ihr unrühmliches Ende.“ Richtig! Und dieses unrühmliche Ende signalisierte zugleich, daß sich die Herausbildung einer sozialdemokratischen Partei der besonderen Art vollzogen hatte, in der sich der „kapitalistische Sozialismus“ (Bourgeoisiesozialismus) im Chemnitzer Parteiprogramm verankerte. Und diese Bestimmung hat sich zwar politisch-ideologisch *modifiziert*, aber *prinzipiell* mit Rückgriff auf das Godesberger Parteiprogramm 2011 auch für das Heute *nicht* verändert. Deshalb halte ich es für ausgeschlossen, daß die Bemühungen des „Liebknecht-Kreises“ diesen Sachverhalt prinzipiell außer Gefecht setzen könnten. In meiner Sicht kann dieses Problem nur gelöst werden durch die Schaffung einer starken kommunistischen Partei, die aber heute noch in den Sternen steht.

Ingo Wagner

In eigener Sache

Redaktion offen-siv: Spendenaufruf für ein zweites, sehr interessantes Buchprojekt

Ihr habt vor rund einem Monat das Buch von Michael Kubi, „Die Sowjetdemokratie und Stalin“ erhalten – als Sonderheft. Es gab bisher eine sehr gute Resonanz, vor allem Nachbestellungen in einer Größenordnung, mit der wir nicht gerechnet haben, und dies sowohl über Euch, unsere Abonentinnen und Abonenten, als auch über Buchläden z.B. in Berlin, Braunschweig, Dortmund, Dresden, Duisburg, Düsseldorf, Kiel, Leipzig, München, und diese Nachfrage aus den Buchläden basiert nicht allein auf Kundenbestellungen, nein, mehrere von ihnen bestellen, um das Buch vorrätig zu

haben. Und Ihr, unsere Abonentinnen und Abonneten, habt seit dem Erscheinen des Buches mehr als 1000,- Euro an zusätzlichen, auf das Buch bezogenen Spenden überwiesen. Das bedeutet einen größeren finanziellen Rücklauf, als wir erwartet hatten.

So entstehen neue Möglichkeiten, wenn Ihr uns noch ein wenig weiter helft.

Denn vor wenigen Tagen, am 30. April, begingen die Freunde Vietnams in aller Welt den 40. Jahrestag des Sieges des vietnamesischen Volkes über die USA-Aggressoren und ihre Saigoner Marionetten. Mit der Befreiung Südvietnams von der zwanzigjährigen Besatzungsherrschaft der USA wurden die Ketten eines über ein Jahrhundert währenden Kolonialjochs, das einst Frankreich errichtete, zerbrochen.

Das vietnamesische Volk siegte über die Militärmacht der USA, die stärkste der westlichen Welt. Als Nachfolger der französischen Kolonialisten hatten die Vereinigten Staaten seit 1955 Vietnam mit einem barbarischen Vernichtungskrieg überzogen. Die große Hilfe des damals existierenden sozialistischen Lagers, darunter modernste konventionelle Waffen aus der UdSSR, die weltweite Solidarität der Völker und ihrer Friedenskräfte, eingeschlossen die in den USA selbst, waren entscheidende Grundlagen dieses Sieges. Aber die letztlich ausschlaggebende Bedingung, dass diese Faktoren zur Geltung kommen konnten, war der nicht zu brechende Widerstandswille des Volkes, der in den Traditionen nationalen und antikolonialen Widerstandes wurzelte, die zu mobilisieren eine kommunistische Partei verstand, die der legendäre Führer Ho Chi Minh gegründet hatte.

Mit dieser Bedingung, mit der Rolle der Kommunistischen Partei Vietnams, die die Traditionen nationalen und antikolonialen Traditionen Widerstandes zu mobilisieren verstand, wollen wir uns in einer gesonderten Publikation befassen, in der wir darstellen werden, wie Ho Chi Minh, die Schaffung der kommunistischen Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus in einem längeren Prozess der politisch-ideologischer Auseinandersetzungen als entscheidend für den Erfolg der nationalen Befreiungsrevolution vorbereitete und herstellte und so die Wende im antikolonial-antifeudalen Befreiungskampf herbeiführte, in der die Partei binnen kurzem die führende Rolle übernahm.

Die vietnamesische KP bewies seit ihrer Gründung, dass man die Mehrheit des Volkes in der revolutionären Aktion gewinnt und dass diese nicht erst begonnen werden kann – was auch heute noch eine weit verbreitete Illusion ist – wenn die Hauptmasse zum Kampf bereit ist. Ho Chi Minhs erster Zirkel, den er zur Vorbereitung der Partei bildete, zählte 1925 gerade 20 Genossen. 1930, im Jahr ihrer Gründung, waren es dann 1.828. Obwohl im gesamtationalen Rahmen entscheidende objektive als auch subjektive Voraussetzungen fehlten, um die Erhebung zum Sieg zu führen, stellte sich

die junge Partei im Sommer 1930 an die Spitze des spontan ausgebrochenen Bauernaufstandes in Zentralvietnam. Ho Chi Minh orientierte sich an der Marx'schen Haltung zur Pariser Kommune, nach der ein Verzicht auf den Kampf, „eine Kapitulation ohne Kampf“, das Proletariat, und in diesem Fall seine engsten Verbündeten, die Bauern, „demoralisiert und (ihre) Kampffähigkeit untergraben“ hätte (Lenin, Werke, Bd. 21, S. 67 f.).

Wir werden darlegen, wie die Partei sich ausgehend von marxistisch-leninistischen Grundsätzen ein revolutionär-demokratisches, seinem Inhalt nach das Programm einer bürgerlich-demokratischen Revolution erarbeitete, wie die Arbeiterklasse Vietnams mit ihrer KP an der Spitze zum Führer der nationalen Befreiungsbewegung – ein zu dieser Zeit einmaliges Ereignis – wurde, wie die Partei sich frühzeitig mit opportunistischen Erscheinungen auseinandersetzte, wie sie das feste Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft schmiedete, Grundlagen für eine breite nationale Einheitsfront schuf, die dann in Gestalt der 1941 gebildeten legendären Vietnam Doc Lap Dong Minh (Viet Minh) entstand, wie sich die Partei von Anfang an ihren Kampfbedingungen entsprechend eine Militärdoktrin erarbeitete, auf deren Basis 1944 die erste Abteilung der Volksarmee aufgestellt wurde. Dazu delegierte Ho Chi Minh bereits im Stadium der Vorbereitung der Parteigründung in der zweiten Hälfte der 1920er Jahren Parteikader zum Studium nach Moskau an die Militärakademie der Roten Armee sowie an die Lehranstalt Huang Pu bei Kanton, an der sowjetische Militärs Offiziere der Volksbefreiungsarmee als auch Truppen Tschiang Kai Tscheks in der Periode der Einheitsfront ausbildeten. Die Absolventen kämpften später in den Reihen der Roten Garden der vietnamesischen Sowjets, die während des Bauernaufstandes 1930/31 entstanden. Diese Publikation wird abschließen mit einem Kapitel darüber, wie die KPV mit einer national und international begründeten Strategie und Taktik die Augustrevolution 1945 zum Siege führte, deren Bedeutung auch darin lag, dass sie den Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems einleitete.

Diesem Thema wenden wir uns auch zu, weil es nach der Niederlage des Sozialismus in Europa dem Zeitgeist entsprechend Mode geworden ist, die Rolle einer führenden Partei beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft zu negieren, sie einfach auszuklammern, nicht zu erwähnen, wenn sie nicht überhaupt diffamiert und verleumdet wird.

Denn die KPV bestand auch in der schicksalsschweren Zeit, die 1989 mit der Niederlage des Sozialismus in Europa einsetzte, ihre Bewährungsprobe. Hoffnungen der Gegner des Sozialismus, die KPV werde den Weg osteuropäischer „kommunistischer und Arbeiterparteien“ gehen und den Pfad der Sozialdemokratie einschlagen, erwiesen sich als Trugschluss. Die Partei Ho Chi Minhs und seiner Nachfolger hat sich

nicht „gewendet“. Während in Osteuropa die KPs zerfielen, stieg die Mitgliederzahl der vietnamesischen in dieser Zeit um rund 500.000 auf 2,5 Millionen an.

So vermittelt die Beschäftigung mit der von Ho Chi Minh geschaffenen Kommunistischen Partei in besonderem Maße Erkenntnisse, Lehren und Erfahrungen für den heutigen Kampf der nationalen Befreiungsbewegung und ebenso der kommunistischen und Arbeiterbewegung in der internationalen Arena des Klassenkampfes.

Der Genosse Gerhard Feldbauer hat zugesagt, diese umfangreiche Arbeit für uns zu leisten. Darüber freuen wir uns sehr. Einen kleinen Eindruck über das, was wir erwarten können, vermittelt sein Artikel zum 125. Geburtstag Ho Chi Minhs in diesem Heft.

Eine Arbeit, die ideologische Fragen in Beziehung zu realen Prozessen des Klassenkampfes analysiert und daraus grundsätzliche Schlüsse zieht, ist das Beste, was uns in der heutigen, zutiefst konterrevolutionären Situation passieren kann.

Aber ohne Euch können wir ein solches Projekt nicht realisieren. Wir bitten Euch um Mithilfe bei der Anschubfinanzierung. Wir werden mit rund 3.000 bis 3.500 Euro in Vorlage gehen müssen. Sicherlich kommt ein Teil davon nach der Veröffentlichung über Spenden und Buchhandelsverkäufe zurück, aber wir haben trotzdem eine Finanzierungslücke von etwa 1.500 Euro. Bitte helft uns, damit wir das Projekt angehen können.

Konto Frank Flegel,

IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX;

Kennwort: Kommunistische Partei Vietnams

Redaktion offen-siv

Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt